

# Wörter-Zeitung

Verlag:  
**Der Rote Stern**  
Nur für Abonnenten

Preis: 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.  
unter Schutzband 3,00 Mk.  
Bestellungspreis: 6 Pf. (Postgebühren)  
Bestellungspreis: 6 Pf. (Postgebühren)  
Bestellungspreis: 6 Pf. (Postgebühren)

für Schlesien und Oberschlesien  
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer. (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzstr. 50, Tel. 560 29.  
Korrespondenz: Breslau 544, Redaktion: Breslau, Kreuzstr.  
Straße 50, Tel. 239 02. Geschäftsstelle der Redaktion: von 12-18,  
Montags bis Freitag, von 17-18 Uhr. Filialredaktionen:  
Görlitz, Grotzsch, 26, Tel. 4084; Oppeln, Adalbertstr. 11, Tel. 1364;  
Görlitz, Buntz 6, Telefon 2384. Geschäftsstelle: von 8-19 Uhr, Geschäfts-  
stand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlags: Schief, Postfach 100, Post-  
amt 5, Breslau. — Druck: „Rebber“ Berlin, Fil. Breslau, Kreuzstr. 50.

## Der Raub im Reichsrat beschlossen! Die letzten Beratungen über den Abbau der Erwerbslosenunterstützung Bei Reichstagsöffnung heraus zum Massenstreit

Berlin, 17. September.

In der gestrigen Sitzung des Reichsrats wurde bei der Beratung der Reform der Arbeitslosenversicherung der von der Reichsregierung und der preussischen Regierung vorgelegte Kompromissvorschlag in erster Lesung angenommen. Auch in zweiter Lesung wurde der Kompromissvorschlag der Reichsregierung und der preussischen Regierung gebilligt und das durch dieses Kompromiss ergänzte Hauptgesetz in der Schlussabstimmung mit 42 gegen 21 Stimmen angenommen.

Nur noch wenige Tage — und der ungeheuerliche Unterstühtungsraub wird Wirklichkeit sein. Die Verabschiebung der Arbeitslosenversicherung, „Reform“ wird die erste Aufgabe des Ende des Monats September zusammentretenden Reichstages sein. Bereits am 1. Oktober sollen die „Reformen“, der A. h. a. u., in Kraft treten.

Es geht nicht nur um die Erwerbslosen. Der Unterstühtungsraub ist auch für die noch im Bettel stehenden von

außerordentlicher Bedeutung. Wer hat Aussicht, dauernd Beschäftigung zu haben? Niemand! Je geringer die Erwerbslosenunterstützung, desto schwerer wird es den Betriebsarbeitern, Lohnhöhungen durchzusetzen. Die Bourgeoisie plant, dem Unterstühtungsabbau einen Generalangriff auf die Lohnhöhe folgen zu lassen. Der Protest der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ gegen die geplante Beitragserhöhung, die zum Teil wenigstens formell von den Unternehmern getragen werden soll, zeigt in aller Deutlichkeit, was die Wünsche und Absichten der Trutzgewaltigen sind.

Schleifische und oberschleifische Erwerbslose und Betriebsarbeiter, heraus! Protestiert geschlossen gegen den Unterstühtungsraub! Organisiert am Tage des Reichstagszusammentritts überall Protestdemonstrationen und Streiks! Die Offensive der Bourgeoisie und der Sozialfaschisten muß an der geschlossenen Abwehrfront der Ausgebeuteten zerbrechen! Nieder mit der Koalitionsregierung! Vorwärts unter Führung der kommunistischen Partei im Kampfe für die Errichtung der Diktatur des Proletariats!

### Um die leninistische Linie im kommunistischen Jugendverband

Von Hermann Kemele

Das Gesicht der Jungarbeiterchaft zu!

Der SPD. steht kurz vor seinem Verbandskongress. Dieser Kongress hat für den SPD., aber auch für die Partei, in der gegenwärtigen Periode der zunehmenden Radikalisierung der Arbeiterklasse und insbesondere der Jungarbeiterchaft, in dem neuauftretenden Revolutionierungsprozess aller Werktätigen erstklassige Bedeutung. Diesem Kongress und dessen Vorbereitung muß die gesamte Partei ihre größte Aufmerksamkeit zuwenden. Alle Parteibezirke haben die Verpflichtung, sich mit den gegenwärtigen Tagungen im SPD. zur Vorbereitung des Verbandskongresses zu beschäftigen und in allen Bezirken des SPD. die politische und taktische Linie der Partei durchzuführen.

Die politische und taktische Wendung im Kampfe der kommunistischen Weltpartei gegen den Klassenfeind und dessen Hilfstruppe in der Arbeiterchaft, die Sozialdemokratie und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, die Wendung der Weltpartei in den Arbeitsmethoden im Tageskampf und in den besonderen Aktionen des Proletariats, insbesondere die von unserem 12. Parteitag und vom 10. Plenum des KKKZ. als Zentralachse unserer Tätigkeit geforderte Aufgabe der Eroberung der Mehrheit und der Hauptpflichten der Arbeiterklasse können nur erfüllt werden, wenn unsere Partei Harten Kurs auf die Eroberung der Jungarbeiterchaft für die kommunistische Bewegung nimmt. Die Wandlung in der Struktur in der Industrie wird im letzten Jahrzehnt besonders durch das rasche Wachstum der Jungarbeiterchaft gegenüber den erwachsenen Arbeitern gekennzeichnet. Besonders haben die Jahre der Rationalisierung einen ständigen Rückgang der erwachsenen Arbeiter und eine rapide Zunahme der Jungarbeiterchaft gebracht. Wenn wir in unseren Kongressbeschlüssen von der „Eroberung der Hauptpflichten des Proletariats“ sprechen, da ist sowohl an die Gesamtarbeiterchaft der in Deutschland vorherrschenden Groß- und Schwerindustrie gedacht, an die Eroberung der Belegschaften der Groß- und Miesenbetriebe, ganzer Industriezweige usw., aber daneben vor allem an jene Arbeiterschichten, die in der Gesamtarbeiterklasse einen immer größeren (wachsenden) Anteil haben, das sind vor allem die Arbeiterinnen und die Jungarbeiter. Wenn wir also heute als Partei die Lösung ausgeben: „Das Gesicht der Jungarbeiterchaft zu!“, so ist das keine Phrase oder ein willkürlicher Einfall, sondern das ist eine erstklassige Voraussetzung zur Verwirklichung der Parteibeschlüsse, in bezug auf Eroberung der Hauptpflichten des Proletariats, eine der erstklassigen Aufgaben in der praktischen Durchführung der neuen politischen und taktischen Wendung der Partei.

Die Jungarbeiterchaft ist aber nicht nur eine quantitativ immer stärker werdende Schicht der Arbeiterklasse, sondern zugleich qualitativ die wichtigste Schicht des Proletariats für den revolutionären Klassenkampf und die proletarische Revolution. Aus ihr rekrutieren sich die aktivsten, opferbereitesten und begeistertsten Schichten der revolutionären Massenfront, sie sind das große Reservoir der vom Reformismus am wenigsten verbrauchten Schichten des Proletariats, junger, unverbrauchter Boden, auf dem hochgeweihte Saat die reichsten Früchte trägt. Wenn wir in unseren Thesen und Reden von „den neuen, unverbrauchten Schichten des Proletariats“ sprechen, die wir in der Partei und in der revolutionären Bewegung fördern und an die Oberfläche bringen müssen, wenn wir davon sprechen, daß wir unsere alten, hier und da müden und verfallenen Parteiladern durch neue unverbrauchte Schichten ergänzen, verbreitern, oder gar ersetzen müssen, so müssen wir immer wieder an die Jungarbeiterchaft denken, aus deren Reihen wir die neuen Kräfte saugen.

Die Bedeutung der politischen Orientierung der Jungarbeiterchaft hat die Bourgeoisie, und speziell der Reformismus, sehr wohl begriffen. Reich, Staat und Gemeinden, wie auch alle bürgerlichen Parteien geben Millionen aus, um die arbeitende Jugend in ihren Bann zu zwingen. Wir erinnern nur an die vielen Reichsausgänge für Sport, Jugendkultur, an die Wandervereine usw. usw., um die Jugend politisch für die Bourgeoisie zu beeinflussen oder reformistisch zu verjüngen. Was die Bourgeoisie mit den Mitteln der Propaganda und der ideologischen Beeinflussung nicht erreicht, versucht sie mittels Zwangsgesetzen, mit Polizeiterror und der Klassenjustiz zu erzwingen. Hier sei nur an das Schund- und Schmutzgesetz an die vertriebenen Konföderate zur Schulverpflichtung und Religionsunterricht bis in die Fortbildungsschulen hinein, an die Ueberweisung von Jugendlichen wegen politischer Betätigung an die Arbeitsämter

### Ein weiteres Geständnis

## Neue Verhaftungen

Die Hintermänner der Bombenattentate werden auch weiterhin gefasst

Altona, 16. September. Im Laufe des Sonntags wurde der Landrat Franz Luhmann aus Glues bei Winken an der Luhe und der Diplomaltdwirt Rittmeister a. D. Walter Bohm aus Altona festgenommen.

Ferner wird bekannt, daß von den in Haft befindlichen Personen ein weiteres Geständnis über den am 9. Juni auf das Wohnhaus des Landrats in Niebüll erfolgten Anschlag abgelegt wurde.

Im Justizministerium finden Besprechungen darüber statt, wofür die verhafteten und in Altona befindlichen 23 Personen geschafft werden sollen. Man nimmt an, daß sie möglicherweise nach einer Zentrale, höchstwahrscheinlich nach Berlin, geschafft werden.

Es bleibt abzuwarten, ob die republikanischen Gerichte die Anklage gegen die Bombenattentäter erheben werden, und wenn sie es tun, wie diese Anklage aussieht und was davon im Laufe des Prozesses übrig bleibt. Nach all den Erfahrungen, die das deutsche Proletariat in den zehn Jahren der republikanischen Klassenjustiz gesammelt hat, ist kein Funken von Vertrauen bei der deutschen Arbeiterchaft vorhanden, daß die republikanische Klassenjustiz wirklich den Bombenattentätern allzu nahe treten wird. Es ist möglich, daß sie den einen oder den anderen der ausführenden Organe zu Gefängnisstrafen verurteilen wird, aber schon heute steht fest, daß die Justiz nicht daran denkt, die Hintermänner und Drahtzieher dieser ganzen Bombenaktion zu fassen und unschädlich zu machen. Bezeichnend hierfür ist die Tatsache, daß der Kapitän Ehrhard am Sonntag eine Tagung seiner Vertrauensleute und seiner politischen Freunde nach Berlin einberufen hatte, um zu der politischen Situation im Zusammenhang mit der Verhaftung der Bombenattentäter Stellung zu nehmen. Wie die Abendausgabe der „Vossischen Zeitung“ berichtet, erklärte Ehrhard, er werde seine politische Arbeit nunmehr in verstärktem Maße aufnehmen, zumal durch die Polizeiaktion auf seinem Büro einige politische Freunde des weiteren Kreises etwas ängstlich geworden seien. Die Tatsache dieser Tagung der D. C. in Berlin zeigt mit aller Deutlichkeit, daß Sorgiebel, Grzesinski, Sebring ängstlich darauf bedacht sind, alles zu tun, um die Drahtzieher und Hintermänner der Bombenattentate ungeschoren zu lassen.

### Sie wollen „ihre“ Richter haben

Altona, 16. September. Rechtsanwalt Dr. Lütgebrune hat im Namen der holsteinischen Beschuldigten in der Bombenattentatsangelegenheit folgendes Telegramm an den preussischen Justizminister gerichtet: „Namens der von mir vertretenen weitauß größten Anzahl der in der Bombenaffäre Beschuldigten, nämlich aller in Altona Verhafteten, protestiere ich gegen das durch die Presse mitgeteilte Vorhaben, die Sache nach Berlin abzugeben. Ich bitte um

Anweisung an Oberstaatsanwalt Altona nach dorthin zu übernehmen, zumal zehn von elf Anschlägen in und um Altona geschehen und Aufgabe nach Berlin Ausföhrung und Verteidigung unnötig erschwert. Die beschuldigten bestehen auf ihrem verfassungsmäßigen (!) Recht, vor heimische Richter gestellt zu werden.“

## Rampfaufmarsch der 4000 in Düsseldorf

Der Kulturtag ein glänzender Erfolg der proletarischen Klassenfront. — Blutige Polizeiprovokationen. 200 Arbeiter verhaftet

Der Kulturtag am Sonntag, in Düsseldorf war ein glänzender Erfolg des revolutionären Proletariats. Aus ganz Rheinland-Westfalen waren gewaltige Massen zusammengezogen. Besonders aus dem Ruhrgebiet und vom Wuppertal waren mächtige Züge anmarschiert. Von Köln waren einige Tausend zu Schiff nach Düsseldorf gekommen. Selbst von so entfernten Ortsgruppen, wie Bielefeld, Münster und Minden waren Delegationen erschienen. Unter Führung von zahlreichen Musikkapellen marschierten die Züge mit roten Fahnen, Bannern und Wimpeln und mit zahllosen Transparenten am Sonntagmittag zum Karlsplatz, wo die große Massenversammlung stattfand.

Über 40.000 Menschen füllten den Karlsplatz und die angrenzenden Straßen. Anschließend fand eine mächtige Demonstration statt, die mit ihren zahllosen Fahnen und Transparenten einen außerordentlich lebendigen Kampfeindruck machte. Besonders fiel auf, daß auch die proletarischen Frauen sehr stark vertreten waren. Die Transparente trugen, ein großer Teil in sehr revolutionärer Form, die Kampflösungen des Proletariats.

Die Polizei ging mit ungeheurer Brutalität gegen die Demonstranten vor. An 200 Arbeiter wurden verhaftet und in unerhörter Weise geschlagen und mit Karabinerkolben bearbeitet. Als der Genosse Thesen unter Berufung auf seine Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter zum Schutze der Frauen und Kinder eingreifen wollte, wurde er so schwer mißhandelt, daß er nach Hause geschafft werden mußte.

### Trotz GDe.

Wien, 16. September. Sonntag fand in dem Industrieorte Traiskirchen nächst Wien ein nationales Turnerfest statt. Trotz der Gegenparole der Sozialdemokratie demonstrierten die Arbeiter gegen die faschistische Kurdegebung mit lauten Pfuirufen und mit Hochrufen auf die Sowjetunion.



# Neue Grubenerplosion in Klein-Rosseln

## Zwölf Tote, 25 Schwerverletzte — Durch Schuld der Bergbehörde

II. Saarbrücken, 17. September. Auf dem Auel-Schacht der Wendelschen Gruben in Klein-Rosseln (Lothringen) hat sich am Montagmorgen ein neues Unglück ereignet. Die Untersuchungsbehörde war gerade mit ihren Arbeiten zu Ende und hatte den Schacht zur Wiederaufnahme der Arbeit freigegeben (1), als sich die zweite Explosion ereignete, die in ihrem Umfang und ihren Folgen das Unglück am Sonntag bei weitem übertraf. Durch die Explosion am Sonntag war die Entlüftungsanlage zerstört worden. Bei der Untersuchung ist dies an mehreren Stellen aufgefallen (2). Bei den Aufräumungsarbeiten wurde, wie man erfährt, mit Sauerstoff gearbeitet, wodurch die neue Explosion hervorgerufen wurde. Vorläufig zählt man 12 Tote und 25 zum Teil schwer Verletzte. Die Zahl der Vermissten, um deren Schicksal man sich noch nicht weiß, steigt noch nicht fest. Von den saarländischen Gruben waren sofort Hilfs- und Rettungsmannschaften nach Klein-Rosseln geeilt, um bei den Bergungsarbeiten für die Unglückten Hilfe zu leisten. Wie schon erwähnt, soll die Schuld an diesem Unglück die Untersuchungsbehörde, d. h. den Bergeshauptmann von Forbach, treffen, der den Schacht zur Wiederaufnahme der Arbeit freigegeben, obwohl die Entlüftungsanlage nicht arbeitete.

III. Paris, 17. September. Zu dem neuen Grubenunglück in Klein-Rosseln wird ergänzend aus Metz gemeldet, daß bisher 12 Tote und 25 Verletzte geborgen worden sind. Von den Verletzten, die in die Krankenhäuser in Metz und Forbach eingeliefert worden sind, liegen fünf in Sterben. 12 Bergleute werden noch vermisst. Die Grube ist jetzt vollständig geräumt.

### Der Gefängniswärter als Mörder

Paris, 16. September. Ein Fall, der die Öffentlichkeit in Nancy hart erregt, hat nunmehr zu einer gerichtlichen Untersuchung gegen den Gefängniswärter Frey aus Brieg geführt. Im April 1928 wurde in das Gefängnis der wegen Diebstahls zu drei Jahren verurteilte 51-jährige Noudel eingeliefert, der wenige Tage später in der Zelle erhängt aufgefunden wurde. Aus dem Bericht über die Todesursache geht hervor, daß Noudel, der das Zellenfenster einzuwickeln versuchte, von dem Wärter mit einem Messer gemordet worden ist.

### Achtjähriges Mädchen vergewaltigt

Emmerich, 16. September. Am Sonntagmorgen hat sich hier ein schweres Sittlichkeitsverbrechen ereignet. Gegen 17 Uhr sprach ein fremder Mann einige Schulmädchen an, lockte sie mit sich und brachte sie auf einen kleinen freien Platz in der Nähe eines Neubaus befindlichen Jagdgeländes, wo er das eine der beiden Mädchen, das acht Jahre alt ist, vergewaltigte.

### Eine Frau tötet ihre Kinder und sich selbst

Neufchweig, 17. September. Die Bevölkerung ist durch eine furchtbare Bluttat in Profen in große Erregung versetzt worden. Eine Frau durchschneidete ihren drei Kindern die Adern und verübte dann auf die gleiche Weise Selbstmord.

Doppelselbstmord. — Nürnberg, 16. September. Am Sonntagabend ereignete sich in dem Städtchen Roth eine furchtbare Liebes- tragödie. Gegen 8 Uhr abends fuhr ein Mietautobesitzer einen Herrn und eine Dame zum Bahnhof. Kurz vor dem Bahnhof hörte der Führer im Innern des Wagens freudige Stimmen. Er drehte sich

die Folgen seiner Handlung erschreckt, band der Wärter dem Sträfling die Hände und hängte ihn mittels eines Strickes an, um Selbstmord vorzuküpfen, ohne daran zu denken, daß ein gefesselter Mann sich nicht erhängen kann. Der Gefängnisvorsteher ordnete an, den Sträfling abzuhängen, ihm den Strick abzuschneiden und ihn mit einem Leinentuch wieder aufzuhängen, da ein Sträfling nicht im Besitze eines Strickes sein dürfte. Die Angelegenheit führte seinerzeit zur Disziplinarbestrafung von Frey, kommt aber erst jetzt infolge Streitigkeiten unter Gefängnisbeamten zum gerichtlichen Austrag.

### Der französische Gewerkschafts-Kongress eindeutig für die Kommunistische Partei

Paris, 16. September. Genosse Gilton schloß seinen Bericht an den 5. Kongress, indem er den festen Entschluß der CGTU betonte, einen immer engeren Bündnis mit der Kommunistischen Partei, mit der leitenden Vorhut des Proletariats zu verwirklichen. Im Anschluß an den Bericht des Genossen Gilton sprachen sich zahlreiche Delegierte aus der Provinz für die Tätigkeit der CGTU und der Partei aus. Drei Vertreter der Minderheit legten den Standpunkt der Opposition gegenüber der sogenannten Herrschaft der Partei und Unterdrückung der gewerkschaftlichen Demokratie dar.

Bei der Eröffnung der zweiten Sitzung nahm der Kongress der CGTU eine Resolution an, gegen die internationalen Repressionen an. Daraus wurde die Diskussion über den Tätigkeitsbericht fortgesetzt. Die Anhänger der Minderheit führten ihre Offensiv weiter. Ihre Redner Schumacher, Weber, Hermann u. a. erneuerten die Angriffe gegen die Mehrheit der CGTU und gegen die Partei. Obgleich sie über gewisse taktische Fragen nicht einig sind, vereinigen sie sich alle auf der gemeinsamen Plattform der Ablehnung der Radikalisierung der Massen, und darin, daß sie der Partei ihre Führerrolle in der revolutionären Bewegung abstreiten. Auf diese Weise wird die Führerrolle der Partei von den Anhängern der Minderheit und der Mehrheit in volles Licht gerückt. Es ist bezeichnend, daß im Verlaufe der beiden ersten Tage die große Mehrheit der Kongressdelegierten und der aus Arbeitern bestehenden Zuhörer schaft wiederholt für die kommunistische Sympathie und Gebungen für die Kommunistische Partei veranfaßten.

### Der Direktor des Erkennungsdienstes ermordet.

Paris, den 16. September. Im Pariser Justizpalast ist am Montag eine schwere Bluttat verübt worden, der der Direktor des kriminalistischen Erkennungsdienstes, Balle, zum Opfer fiel. Um 10 Uhr erschien ein unbekannter Mann und lief dem ankommenden Balle gerade in den Weg. Ohne ein Wort zu sagen, zog er einen Revolver und gab drei Schüsse ab. Balle stürzte tot zu Boden. Der Mörder wurde von drei Inspektoren verfolgt und auf der Straße eingeholt.

Schwere Gasexplosion bei New York. — New York, 16. September. In Newburgh in der Nähe von New York explodierten die Hauptgasröhren im Geschäftsviertel. Fünf Gebäude wurden schwer beschädigt. Drei Personen wurden getötet, 50 verwundet, darunter mehrere sehr schwer. Die Wirkung der Explosion war gewaltig. Zahlreiche Personen wurden weit durch die Luft geschleudert.

Blauer Stern. Beim Namen Belaffi stockte sie. Gleichzeitig kam ihr der Name des Genossen Kerekes in Erinnerung. Ein wenig von jener vorangegangenen Bekanntheit legte sich wieder über sie. Die Lebensbeschreibung des Grafen Belaffi erklärte ihr alles. Auch das Nätiel um Tonis Arbeitsteilung. Seine Erregung und alles andere. Es war der längste Tag ihres Lebens. Toni, der Vater ihres Kindes, war in Gefahr. Sie lief in den beiden Käligen ihrer Wohnung auf und ab. Immer wieder stieß sie gegen das Gitter. Alle ihre Versuche, sich auf die Arbeit zu konzentrieren, waren vergeblich. Die Pergamenthaut des Genossen Kerekes und deren rote Flecken verfolgten sie. Seine glühenden und glänzenden Augen erschienen ihr immer wieder. Am schrecklichsten von allem war die Unsicherheit. Dieser Vormittag dauerte fünf Stunden. Auf dem Flur gingen die Nachbarinnen hin und her. Ihre Pantoffeln klapperten. Das Wasser juckte aus der Wasserleitung in die Töpfe. Die älteste Tochter des Ansfuera schrie und machte die weinenden Kinder zur Ruhe. Anna kamena diese Laute schärfer vor als sonst. Wird plötzlich mitten unter diesen Geräuschen das Klappern von festen Kommissuren zu hören sein? Wird nicht irgendeine harte Faust an ihrer Tür klopfen? Sie wagte sich nicht zu den Nachbarinnen hinaus. Sicherlich spaziert die Wachtmeisterfrau Klaban in ihrem gestreiften Morgenrock herum und erzählt Neuigkeiten vom Mord. Oder die Frauen sprechen vom „Blauen Stern“. Möglicherweise erzählen sie auch:

„Warum hat sich denn heute vormittag Frau Krouilly noch nicht gezeigt? Vielleicht ist es schon so weit. Wir wollen nachsehen.“ — Anna fürchtete sich davor. Doch sie kamen nicht. Dann erschall plötzlich der Häm im Hause der Jenseitsstraße. Anna bemerkte diese tödliche Stille heute zum erstenmal. Das Haus war beim Mittagessen. Auch Anna versuchte, auf dem Kofentel sitzend, einige Löffel zu essen. Es gelang ihr nicht. Ein unendlicher Nachmittag erwartete sie. Sie kaufte sich nachmittags Zeitungen, und war glücklich, als sie der Genossin Einshmann begegnete und ihr sagen konnte, daß nichts los sei. In den Zeitungen war nichts Neues. Ein Verzeichnis der Verhafteten, eine Aufzählung des gefundenen Diebesgutes. Der Mörder leugnete weiter. Die Stunden schleppten sich hin. Noch sechs, noch fünf Stunden; jede dieser schwarzen Ziffern auf dem Zifferblatt des Weckers, die eine Stunde bedeutete, hatte zwölf schwarze Fünf-Minuten-Striche.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für Politik, Verlagen, Sport und Niederelassen Alfred Thomae, Dresden; für Waldenburg, Gewerkschaft und Betrieb Wilhelm Diebold, Dresden; für Oberesch, Gerhard Schulz, Gelsenkirchen; für Ankerer, Eusebius, Gelsenkirchen.

und Erziehungsanstalten, an das von Zensurung geplante Vereins- und Verbandswesen, das den Angehörigen jede politische Betätigung verbietet, erinnert. Hierher gehören auch die vom Finanzkapital und Unternehmertum aufgezogenen Wertebörse und andere Wertebörse für jugendliche Arbeiter, die Militärisierung und Hochschulgänge der Jugend, zur ideologischen und technischen Vorbereitung zum Kriege u. a. m. Alle diese Maßnahmen zeigen, wie sich die gesamte Bourgeoisie mit ihrem ganzen staatlichen und gesellschaftlichen Machtapparat auf die arbeitende Jugend stürzt, um sie von der revolutionären Massenbewegung des Proletariats zu immunisieren. Die Partei muß die Achillesferse der Bourgeoisie leben und sich mit aller Kraft für die Eroberung der Jungarbeiterchaft für den revolutionären Klassenkampf und für die proletarische Revolution einsetzen.

„Das Gesicht der Jungarbeiterchaft zu!“ ist angesichts der gegenwärtigen Diskussion im KPD zur Organisierung seines Verbandes, langweiliger eine wichtige Aufgabe für die Gesamtpartei. Die Parteibezirke und Parteiorganisationen, die in diesen Tagen ihre Pflichten gegenüber dem KPD nicht erfüllen, haben die Beschlüsse des 12. Parteitages und des 10. Plenums des KPD nicht begriffen und nicht erfüllt.

### Zentrums-Mandöver

Berlin, 17. September. Wie die Abendausgabe der „Vollstän-digen Zeitung“ vom 16. September berichtet, sah sich die in Coblenz tagende Reichstagsfraktion des Zentrums, die am Sonntag ihre Beratungen abgeschlossen hatte, nicht in der Lage, „entscheidend zum Young-Plan und zu den Ergebnissen im Haag Stellung zu nehmen“. Diese nach außen hin sehr vorsichtige Formulierung des Zentrums läßt erkennen, daß man ein demagogisches Mandöver im Hinblick auf die Annahme des Abbaus der Erwerbslosenversicherung plant. Es ist selbstverständlich, daß die Zentrumstaktion zum Young-Plan und zu den Ergebnissen im Haag ihr Jawort gibt, aber man spricht das deshalb noch nicht offen aus, man läßt die Frage offen, um den sozialdemokratischen Führern ein Mittel in die Hand zu geben, dem Abbau der Erwerbslosenversicherung zuzustimmen. Durch die Stellung des Zentrums können die sozialdemokratischen Führer den Arbeitern sagen: Wir müssen den Anträgen des Zentrums zustimmen, weil sonst das Zentrum in der Außenpolitik abhüpft und bei der Annahme des Young-Planes seine Zustimmung verweigert. So arbeiten SPD- und Zentrums-Führer einander in die Hände, um den Abbau der Erwerbslosenversicherung durchzuführen.

### SPD- u. KPD-Mitglieder für die KPD

In Allenkirchen auf Rügen fand kürzlich die Fahnenweihe der Ortsgruppe der kommunistischen Partei statt, die unter den schwierigsten Umständen in elf Monaten eine stolze Parteigruppe aufgebaut hatte. Bei der Kundgebung traten fünf Arbeiter neu in die Partei ein, darunter ein alter Sozialdemokrat, der jahrzehntelang in der SPD war. In der Abendveranstaltung sprach ein Funktionär der Sozialistischen Arbeiter-Jugend mit dem Appell: „Tretet alle ein in die einzige Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei!“

### Dresdener Arbeiter antworten den Faschisten

Dresden, 17. September. (Fig. Bericht.) Hier fand im Reglerheim eine glänzende Kundgebung zur Gründung einer antifaschistischen Arbeiterwehr statt. 116 Arbeiter traten sofort der neuen Organisation für den Stadteil Friedrichstadt bei.

### Der Mord herrscht in Jugoslawien

Wien, 17. September. (Fig. Bericht.) Aus Sofia wird berichtet, daß dort am Abend des Sonntags der jugoslawische Photograph Atanas Evasitsch ermordet wurde. Drei Unbekannte fügten ihm 30 Messerstiche und zwei Schußwunden zu. Der Ermordete soll sich in seiner Heimatstadt Caribrod gegen die Bulgaren betätigt haben. Am gleichen Tage wurde in Sofia, ebenfalls von unbekannten Tätern, der Rechtsanwalt Angel Mikalow erschossen, als er nach seiner Wohnung heimkehren wollte. Beide Morde dürften von der kommunistischen jugoslawischen Organisation angefaßt worden sein.

# ANNA

IVAN OLBRACHT

## Das Mädchen vom Lande

### DER ROMAN EINER ARBEITERIN

Internationaler Arbeiterverlag, Berlin O 25

Der Bericht des Mörders.  
Iwanowitsch will der Polizei folgendes Märchen glaubhaft machen: Gestern morgen wollte er dem vermeintlichen Breuer (Emmerich Belaffi) den Ertrag eines Taschendiebstahls übergeben. Es waren dies eine goldene Uhr und eine Brieftasche mit dem Inhalt von 700 Mark. Auch wollte er ihm eine Nachricht von einer gewissen „Dame“ überbringen, die sich mit Mädchenhandel befaßt. Die Mitglieder der Bande hatten zwar das frische Verbot, Belaffi im Hotel zu besuchen, aber Iwanowitsch wagte es trotzdem, weil er eine Mitteilung erhalten hatte, die eine sofortige Unterredung mit dem Grafen notwendig machte. Als Iwanowitsch das Zimmer betrat, fand er den Grafen tot, inmitten einer Blutlache liegend. Er wollte zuerst die Votelleitung verständigen, aber er begann sich zu weigern, in welche Gefahr er dadurch sich und die anderen Mitglieder der Bande bringen würde. Er versuchte deshalb, so schnell und so unauffällig als möglich zu verschwinden.

Abgegeben von der geringen Wahrscheinlichkeit dieser Erzählung hält ihr die Aussage des Hotelportiers Müller entgegen, der in der Zeit, als die Tat begangen wurde, außer dem Hotelpersonal und den Arbeitern, die auf dem Dachboden arbeiteten, allerdings auch niemanden außer Iwanowitsch die Treppe hinauf- oder heruntergefahren. Iwanowitsch wurde dem gesamten Hotelpersonal und neun Arbeitern gegenübergestellt und gefragt, ob sich nicht unter ihnen der Mörder befände. Nach langem Zögern zeigte Iwanowitsch auf den 31-jährigen Dachbeder F. B., mit der Angabe, daß dieser vielleicht der Mörder sein könnte. F. B. gab zu, daß er im Laufe des Morgens einige Male vom Dachboden zum Erdgeschoß heruntergegangen sei. Er war auch vom Portier Müller gesehen worden, aber er verrichtete die Wege lediglich auf Anweisung des Meisters und hielt sich nicht eine Minute länger als notwendig auf. Er konnte sich nicht erinnern, ob er bei seinen Gängen jemandem begegnet war. Die Richtigkeit

seiner Angaben wurde vom Meister, den Dachbedergehilfen und anderen Personen vollkommen bestätigt. F. B., ein anständiger und untadeliger Mann, ist über jeden Verdacht erhaben und wurde auch nicht in Untersuchungshaft genommen.

Ein feiner Edelmann  
Iwanowitsch erzählte von dem ermordeten Grafen Emmerich Belaffi folgendes: Emmerich Belaffi entstammt einer historischen magyrischen Familie. Er war in Budapest wegen seines ausschweifenden Lebenswandels berüchtigt und hatte deswegen auch häufig Auseinandersetzungen mit seiner Familie. Im Kriege war er Honvéd-Offizier, während des kommunistischen Umsturzes floh er nach Rumänien. Unter Horthy trat er wieder in militärische Dienste. Iwanowitsch kannte ihn noch aus seiner aktiven Militärdienstzeit. Belaffi war ein genialer Fallschirmflieger, und da auch Iwanowitsch dem Fallschirmfliegen huldigte, wurden sie bald Bundesgenossen. Im Herbst des vergangenen Jahres hatte die Militärverwaltung eine Unterschlagung entdeckt, die Belaffi begangen hatte, und die gegen 10 000 Dollar betrug. Es kam zu keinem Prozeß, weil die Familie das bestraubte Geld erstetzte. Die Angelegenheit wurde totgeschwiegen. Belaffi mußte den Militärdienst und Ungarn verlassen. Er blieb in dieser Zeit mit Iwanowitsch in Verbindung. Sie reisten nach Warschau, lebten zum Teil vom Fallschirmfliegen, zum Teil vom Mädchenhandel. Im Laufe der Zeit lernten sie einige Leute gleicher Gesinnung kennen und gründeten eine Gesellschaft. Sie arbeiteten in Paris, Budapest, Wien, Prag und den westböhmischen Bädern. Belaffi war der Organisator dieser Gesellschaft und ihr Bankier und genoss allgemeine Autorität.

Als Toni bis hierher gelesen hatte, nahm er den Mund voll Speichel und spuckte in hohem Bogen aus. Seine Stirn verfinsterte sich. „So eine Dummeheit, eine solche Falschheit!“  
„In diesem Augenblick lehnte Anna vom Mitheinkauf zurück. Toni ging in der Stube auf und ab.“  
„So eine Schweinerei, eine solche Schweinerei, einen Menschen so zu beschämen!“  
„Des ist, Toni?“ fragte sie, froh, daß er nunmehr zornig und nicht traurig war. Er antwortete nicht. Er schüttelte und ging zur Arbeit. Die Zeitung nahm er mit sich.  
Gegen sechs Uhr vormittags kam die Zeitungsaussträgerin mit dem „Blauen Stern“. Anna räumte die Wohnung auf, machte ihren Morgenkaffee mit den Nachbarinnen, und nahm dann die Zeitung zur Hand. Sie kam bis zu den Nachrichten vom Mord im Hotel



# Zwei Armeesäulen — eine Klassenfront!

Es ist noch nicht solange her, daß der preussische Minister des Innern, Herr Erziesing, seine berühmte „Vaternrede“ vor dem Frankfurter Reichstagen hielt. Jeder Arbeiter in Deutschland erinnert sich noch an die Diktaturproklamationen des sozialdemokratischen Parteivorstandes Wels auf dem Magdeburger Parteitag der SPD im Mai dieses Jahres. Niemand hat vergessen, wie Herr Erziesing, seines Zeichens Innenminister der Herrmann-Müller-Regierung, in Offen gleichfalls in einer Rede vor dem Reichstagen Schwarz-Rot-Gold, die Diktatur, das Regieren mit Ausnahmezustand und Ausnahmegesetz, voller jüdischer Brutalität ankündigte.

Alle Zeitungen der Bourgeoisie, vom „Vorwärts“ bis zu den „Jugendblätter“, stimmten in den Chor ein, der abwechselnd „die Stunde des Reichspräsidenten“, den „Aufmarsch der außerparlamentarischen Front“ und ähnliche schöne Rezepte für den Wöbau der parlamentarischen Fassade und den Übergang zu den Herrschaftsmethoden der faschistischen Diktatur beflämerte. Die letzten Monate haben nun das Orchester der Diktaturpropheten und seine Regenmusik um einige neue bunte Töne bereichert: den Knall der explodierenden nationalfaschistischen Bomben.

Das Bild, wie es sich darstellt, ist klar und übersichtlich. Es kann keinen Zweifel daran geben, daß die verstärkten Vorstöße des Sozialfaschismus und seiner D.-C.-Banditen, die mit Höllemaschinen und blutigen Überfällen auf revolutionäre Arbeiter Deutschland zum „Erwachen“ bringen wollen, in der gleichen Richtung liegen, wie die freundliche Anknüpfung des sozialdemokratischen Innenministers, statt des unständlichen Weges der Klassenjustiz, politische Gegner der Regierung lieber gleich „an die Vatern“ zu hängen, oder Seberings und Wels' Beteuerungen, daß auch die SPD. sehr gut eine offene Diktaturregierung mitmachen könne. In der Grundlinie ist der Tatbestand also außerordentlich einfach und übersichtlich.

Trotzdem kompliziert sich das Verständnis der Situation für den unausgeklärten Betrachter durch einige Umstände, die von allen Beteiligten mit einem Kleinaufgebot von Demagogie und Heuchelei dazu ausgebeutet werden, eben diesen unabweislichen und klaren Tatbestand nach Möglichkeit zu verwirren und den Massen sein Verständnis zu erschweren. Diese besonderen Umstände — nun, es handelt sich um solche Erscheinungen, wie das Wollschützen der Hitler und Jugenberg, durch das die Stresemann und Breitscheid als Landesverräter festgenagelt werden sollen, oder die Tatsache, daß einige der nationalfaschistischen Bomben ausgerechnet vor den Fenstern gewisser „republikanischer“ Behörden der Diktaturprediger Sebering und Erziesing platzen.

Die Presse der Böllischen und Deutschnationalen, wie der schwarzrotgoldenen Regierungsparteien bemüht gleichmäßig diese Umstände, um vor den breiten Massen der Bevölkerung einen wahrhaft „heroischen Kampf“ zu markieren, der angeblich zwischen den schwarzrotgoldenen und schwarzrotgoldenen Helden tobe. Dieses Theater, hinter dessen dramatischen Späßen sich nur eine sehr bescheidene Wirklichkeit verbergen mag, ist ein sehr wirksames Mittel, um die Massen, die klare Erkenntnis der realen Situation und der realen Gefahr zu verdunkeln droht.

Die Kommunistische Partei hat die Pflicht, mit aller Schärfe den Rebellentum zu gerufen, der diese reale Gefahr vor den Massen verschleiert. Jeder Kommunist muß in diesen Wochen mit dem ganzen Gewicht seiner Aufklärungsarbeit die Illusionen zerbrechen helfen, die die beiden Elanen der Konterrevolution zu erzeugen suchen, und dadurch dazu beitragen, daß sich die breitesten Massen des arbeitenden Deutschlands zur Wehr setzen gegen die ernste drohende Gefahr: Die Gefahr des Faschismus!

Die Frage, die wir aufwerfen und beantworten müssen, lautet: Wie verhalten sich die verschiedenartigen Schattierungen des Faschismus, wie verhalten sich Nationalfaschismus und Sozialfaschismus zueinander? Bei der Lösung und Klärung dieses Problems ist es die wichtigste Vorbedingung, aus der allgemeinen Klassenlage die Ursachen herauszufinden, aus denen sich die verschiedenartigen Diktaturtendenzen im Lager der Bourgeoisie und ihrer Lakaien ergeben. Es ist selbstverständlich, daß solche Diktaturgelüste in Deutschland im Jahre 1929 sich durchaus nicht einfach und primitiv mit den Anfängen des italienischen Faschismus oder mit der jugoslawischen Diktatur gleichstellen lassen. Die Klassenmäßige Grundlage ist hier und dort eine sehr verschiedenartige. Um was geht es bei der Diktaturgelüste der deutschen Bourgeoisie?

Die kapitalistische Stabilisierung nach den ersten Erschütterungen der revolutionären Nachkriegsjahre, die noch vor zwei Jahren so fest und sicher schien, daß Herr Hilferding auf dem damaligen Kieler SPD-Parteitag voller Enthusiasmus das „erdgültige Ende“ der Revolution verkündete, zeigt in wachsendem Maße die Erschütterungen und inneren Widersprüche, die früher oder später das ganze kapitalistische Gebäude in die Luft sprengen und eine neue unmittelbar revolutionäre Situation herausbeschwören müssen. Schon jetzt der beginnende revolutionäre Aufstieg im Weltmaßstab ein, am stärksten vielleicht gerade in jenem Deutschland, dessen Arbeiterschaft einige Jahre hindurch auf Grund ihrer Niederlagen in der ersten revolutionären Periode in ihrem Kampfwillen gekümmert erschien. Für die deutsche Bourgeoisie erwächst angeht die Verstärkung der allgemeinen Krisenfaktoren, angesichts der immer mehr klaffenden Schere zwischen den gestiegenen Produktionsmöglichkeiten und dem verengerten Absatzmarkt, angesichts des Vormarsches der revolutionären Bewegung, die zwangsläufige Aufgabe, sich mit allen Mitteln auf den verheerendsten Konkurrenzkampf um den Weltmarkt einzustellen und vorzubereiten.

Das aber bedeutet einerseits Kurs des kapitalistischen Deutschlands auf den imperialistischen Krieg, offene imperialistische Politik, und als Voraussetzung dafür: Teilnahme an den Kriegsrüstungen des Weltimperialismus und Einschwenken in die Kriegsfrent gegen die Sowjetunion. Das bedeutet andererseits Hungeroffensive im Innern Deutschlands, Abbau der Löhne, Zerstörung der letzten künftigen Reste der Sozialpolitik, Ausplünderung der wertvollen Massen mit Steuern, Zöllen, Raub der Erwerbslosenunterstützung und ungeheuerliche Senkung des Lebensniveaus, um auf diese Art billiger zu produzieren und erfolgreicher auf dem Weltmarkt zu konkurrieren.

Eine solche Politik der deutschen Bourgeoisie in einer Situation, in der die Arbeiterklasse ihren Widerstand gegen die kapitalistische Ausbeutung steigert, in der der Kommunismus in den breitesten Massen an Kraft und Einfluß zunimmt, rollt mit absoluter Selbstverständlichkeit die Frage auf: Welche Methoden der Klassenherrschschaft ermöglichen es der Bourgeoisie, ihre Ziele zu erreichen, ohne an dem Widerstand der Werttätigen zu scheitern?

Die Antwort auf diese Frage — das ist die Wendung der deutschen Bourgeoisie zu den Herrschaftsmethoden der faschistischen Diktatur!

Daß die bürgerliche Demokratie nur ein Deckmantel für die bürgerliche Klassenherrschschaft, für das Regiment des kapitalistischen Selbstjacks über die ausgebeuteten und unterdrückten Massen ist — diese alte Erkenntnis, die schon Karl Marx und Engels dem Weltproletariat überliefert, bedarf heute kaum mehr einer eingehenden Beweisführung. Die Reichslosigkeit des Arbeiters und die Allmacht des Kapitals, kurz: der Klassencharakter aller staatlichen Institutionen in der bürgerlichen Demokratie ist zu offenkundig und wurde zu deutlich den Proletariern mit Hunderten Erlebnissen des Alltags eingebläut, als daß die bligen sozialdemokratischen Phrasen über die „Demokratie zum Sozialismus“ und die Republik als „unseren Staat“ noch Furore machen könnten. Trotz dieser Bedeutung und Rolle der bürgerlichen Demokratie erwächst dennoch heute jene Tendenz der kapitalistischen Bourgeoisie, in ihren Herrschaftsmethoden einen Schritt weiter zu gehen.

(Fortsetzung folgt.)

# Arbeiterinnen! Hört zu!

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

Arbeiterin, überleg dir mal deine Arbeits- und Lebensverhältnisse, und du wirst merken, daß du ausgebeutet wirst, schlimmer noch wie ein männlicher Arbeiter. Die Arbeiter werden schlecht bezahlt, aber du bekommst nicht einmal diesen niedrigen Lohn des Arbeiters. Der Unternehmer würde dich auf die Straße setzen, wenn du minderwertige Arbeit leistest, wenn du weniger tun würdest als der männliche Kollege. Aber nach einer gewerkschaftlichen Statistik erhält die Arbeiterin nur folgenden Prozentsatz vom Lohn eines Arbeiters:

1927 betrag der Stundenlohn der Arbeiterinnen:	
Metallindustrie	42,6 Pfg. = 55,1 % gelehrter Männerarbeit
Zücherei und Möbelfabrikerei	65,0 Pfg. = 85,4 %
Leberindustrie	62,0 Pfg. = 79,2 %
Anlegerinnen	60,1 Pfg. = 78,9 %
Büchbinderei	58,7 Pfg. = 78,0 %
Weberinnen	56,9 Pfg. = 74,8 %
Brauereigerichte	62,0 Pfg. = 80,0 %
Gemeindebetriebe	52,7 Pfg. = 69,8 %

Diese schlechte Bezahlung der Frauen hat unter anderem auch die Wirkung, daß die Frauennarbeit lohnbräutig auf die Bezahlung der Männer wirkt. Der Unternehmer will verhindern, daß Mann und Frau gemeinsam kämpfen.

Die Arbeiterinnen sollen Neid und Haß den Männern gegenüber empfinden, die mehr verdienen als sie, und die als Alleinstehende besser sich durchschlagen können als die Arbeiterinnen. Die alleinstehende Frau kann sich doch sehr schlecht mit 18-20 Mark oder, wenn es hoch kommt, bis 30 Mark Wochenlohn ernähren.

Arbeiterin, du mußt diese Absicht der Unternehmer durchschauen und energischer als bisher helfen, die Forderung: gleicher Lohn für gleiche Arbeit! überall hinzutragen. In deinem Betrieb mußt du die Kollegen und Kolleginnen veranlassen, für höhere Löhne und für gleichen Lohn für Mann und Frau in den Streik zu treten. Diese Forderung ist aber auch eine der wichtigsten Parolen des Reichs-Kongresses werttätiger Frauen am 20. Oktober in Berlin. Darum laß dich in deinem Betrieb als Delegierte zu diesem Kongress wählen!

# Ein Aufruf gegen die jugoslawische Morddiktatur

Moskau, 16. September.

Die Internationale Rote Hilfe veröffentlicht folgenden Aufruf an die Werttätigen aller Länder:

Die Exekutive der I.R.H. muß wiederum die Aufmerksamkeit der gesamten fortschrittlichen Menschheit auf die zunehmenden Greuelkaten der faschistischen Militärdiktatur in Jugoslawien lenken und die klassenbewußten Werttätigen in Stadt und Land zur Solidarität und Hilfe für die verfolgten revolutionären jugoslawischen Arbeiter und Bauern aufrufen.

Der weiße Terror wütet immer stärker. Die sich gegenwärtig in Jugoslawien abspielenden Mordekaten und Verfolgungen stellen alle bisher von dem faschistischen Schreckensregime dieses Landes be-



# Demagogie oder Zersetzung?

Die Partei des Burgfriedens, der Koalition und des Wehrprogramms ließ am Sonntag die SAJ. in Berlin mit dem abgebildeten Transparent demonstrieren.

Ist das nun Demagogie, die an Leichenschändung grenzt, oder tatsächlich Desavouierung der Hörsing-Wels-Faschisten durch rebellierende Jugend?

gangenen Verbrechen in den Schatten. Die alltäglichen Morde begreifen die physische Ausdrück führender Revolutionäre.

Die Militärdiktatur in Jugoslawien hält es nicht mehr für notwendig, die blutige Vernichtung der antifaschistischen Elemente durch Gerichtsblondinen zu maskieren. Sie hat alle revolutionären Elemente für vogelfrei erklärt und Morbpräzeden auf die Köpfe der Revolutionäre ausgelegt. Die Ermordungen sind systematisch in den Gefängnissen, in den Polizeistationen, auf der Straße, in Solaken und selbst in den Wohnungen der Opfer statt. Die Zahl der Ermordeten ist nur schätzungsweise feststellbar. Täglich werden in verschiedenen Teilen des Landes verurteilte und unkenntlich gemachte Leichen aufgefunden. Allein in den letzten zwei Monaten wurden 18 Morde begangen, die an die Öffentlichkeit kamen. Mehr als 10.000 Menschen (darunter 7 Prozent aller Mitglieder der Untären Gewerkschaften) schmachten in den zum Bersten überfüllten Gefängnissen und werden dort zu Tode gefoltert und gemartert.

Werttätige aller Länder! Erhebt euren mächtigen Protest gegen die Greuelkaten des jugoslawischen Faschismus, gegen das Morb-system der Belgrader Militärdiktatur. Der verzweifelte Kampf der jugoslawischen Werttätigen ist zugleich auch euer Kampf gegen den internationalen Faschismus!

Arbeiter und Bauern! Dubet die Verbrechen der königlichen jugoslawischen Regierung an euren Klassenbrüdern nicht und fordert Sühne für die ermordeten Kämpfer der Revolution. Gebt den Belgrader Mördern zu fühlen, daß die Arbeiterklasse diese ungeheuren Verbrechen nicht vergessen wird.

Die Exekutive der I.R.H. ruft die werttätigen Massen aller Länder auf, die ganze Kraft ihrer brüderlichen Solidarität für die Opfer des weißen Terrors in Jugoslawien einzusetzen. Der Sturm eurer Empörung und eurer flammenden Proteste muß den Mördern der Arbeiter und Bauern die Waffen aus der erhobenen Hand schlagen.

Dem jugoslawischen Proletariat zur Hilfe!  
Nieder mit der blutigen Militärdiktatur!  
Brüderliche Solidarität und Hilfe für die Opfer des jugoslawischen Faschismus!

Exekutive der Internationalen Roten Hilfe.

# Bürgerkriegsübungen der Faschisten in der Grenzmark

In der Grenzmark und in Hinterpommern finden fast jeden Sonntag faschistische Festlichkeiten und militärische Übungen statt. Es wird strammgehalten zu Fuß und zu Pferde. Fußtritte werden ausgeübt wie früher beim preussischen Kommiß. Das Gut in Pinnow im Kreise Deutsch-Krone stellt 20 Reittiere und 20 Fußgänger. Militärische Ausrüstung ist noch aus Heeresbeständen vorhanden. Landarbeiter berichten, daß sich auf diesen Gütern Marschmusikensekzelen befinden.

Anlässlich der Tausendjahrfeier in Brandenburg marschierte der Stahlhelm unter dem Gesang auf: „Thälmann an den Galgen, die Knarre in der Hand — Die rote Front ins Zuchthaus, dann wird Ruß im Land.“ Der nationalfaschistische, morblutige Rummel in Brandenburg stand unter dem Protektorat des sozialdemokratischen Bürgermeisters Fressdorf. (!)

In Kauen feierte der Kriegerverein kürzlich sein hundert-jähriges Bestehen. Der sozialdemokratische Landrat Siering übernahm die Rolle eines Propagandachefs. Er hielt eine großangelegte Rede. Als Dank dafür, daß anlässlich des Reichsbanneraufmarsches der gleiche sozialdemokratische Landrat den Landbundsführer begrüßen durfte. Auf dem Kriegervereinsrummel sprach der deutschnationale Rektor Bill in Ehrfürcht von der Königin, dem Kaiser und den Fürsten und von der Liebe des treuen deutschen Landes. Und der sozialdemokratische Landrat stand ehrfürchtvoll daneben.

# Anstrengende Wochen...

Eine Vernehmung

Kommissar: ... und dann haben Sie...  
Bombier: Wer, ich?  
Kommissar: Ich dachte, Sie hätten einen Teil der bei Ihnen aufgestapelten Sprengstoffe...  
Bombier: Wie Sie das schon wieder formulieren! Ich habe einen Jagdschein, wissen Sie? Ich bin leidenschaftlicher Jäger. Deswegen geht bei mir das Pulver nie aus.  
Kommissar: Pulver? Wir haben doch Dynamit gefunden?  
Bombier: Bei wem denn? Bei mir etwa?  
Kommissar (in den Akten blättern): Ja, eine ganze Kiste voll.  
Bombier: Das war kein Dynamit, das war ganz gewöhnliches Schießpulver. Ich habe nämlich einen Jagdschein, wissen Sie? Ist denn das so schlimm? Der preussische Ministerpräsident hat doch auch einen!  
Kommissar: Schön. Kommen wir zu dem Brief, den Sie an den Mitverhafteten E. geschrieben haben. Darf ich Ihnen den Brief vorlesen?  
Bombier: Nein. Es nicht wichtig.  
Kommissar: Wollen Sie mir wenigstens erklären, was Sie mit dem Sach sagen wollten?  
Bombier: Kennen Sie meinen Onkel?  
Kommissar: Wie?  
Bombier: Sie kennen den Oberst Bombier nicht? Bombier vom Reichswehrministerium? Von dem habe ich gestern hier diese Ansichtskarte bekommen.  
Kommissar: Aus Wiesbaden! Das ist ja interessant! Sind die Engländer schon weg?  
Bombier: Ich hoffe. Das Wetter soll prachtwoll sein.  
Kommissar: Wir haben einen selten schönen Herbst...  
Bombier: Diese herrliche Lust!  
Kommissar: In der Sonne ist es ordentlich heiß.  
Bombier: Kaiserwetter! Was ich sagen wollte: Haben Sie noch eine Frage oder kann ich —  
Kommissar: Sie können selbstverständlich gehen.

Und zwei Zeitungsnottizen:

... der verhaftete Landwirt Bombier mußte wieder freigelassen werden, da ihm eine direkte Verbindung mit den Bombenattentaten nicht nachgewiesen werden konnte.

... die ganze Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums hat überaus anstrengende Wochen hinter sich. Die Republik dankt ihnen für ihren Eifer und ihre Treue, aber die Republik sollte auch großzügig sein. Es sollte in den Etat der Polizei eine Summe eingelegt werden, die — nötigenfalls unter parlamentarischer Kontrolle — der politischen Polizei zur Belohnung überantwortet werden kann, wenn sie sich durch besondere Leistungen um das Staatswohl besonders verdient gemacht hat. („Achtuhrenblatt“.)



# Hugenberg und Hitler schwer belastet

## Auffeuernde Dokumenten-Veröffentlichungen unseres Hamburger Bruderblattes

Breslau, 17. September.

Unser Hamburger Bruderblatt, die „Hamburger Volkszeitung“, veröffentlicht auffeuernde Dokumente zu der Affäre der Bombentäter, die die politische Auftraggeber der Bombentäter sichtbar machen. Unser Parteiblatt veröffentlicht Klugsätze aus Briefen, die der verhaftete Wesche (der bekanntlich seine Beteiligung an dem Attentat eingestanden hat) von führenden Persönlichkeiten der Deutschnationalen Volkspartei, der Nationalsozialisten, des Landbundes, des Stahlhelms und des Wehrvolks während der Zeit erhalten hat, in der die Attentate verübt wurden. U. a. gilt unser Hamburger Bruderblatt einen Brief des Herrn Wilhelm Wolff vom 10. August 1929:

„Sehr geehrter Herr Wesche! In der Anlage erhalten Sie ein Verzeichnis unbedingt zuverlässiger Leute aus den Kreisen Hamburg, Stormarn und Lauenburg.“

Der bekannte deutschnationale Oberfinanzrat und Reichstagsabgeordnete Dr. Wang, die rechte Hand Hugenberg's, schrieb erst am 11. August d. J. an Wesche:

„Herzlichen Dank für die hohe Auszeichnung, die Sie und Ihre Freunde jetzt durch Neudeutschland erhalten haben. (Gemeint sind damit die Attentate. S. Wesche's Brief, daß Hugenberg die Attentäter kannte. D. Red.) Es wird alles seine Jinsen tragen, auch das Schwere, das Sie jetzt durchmachen müssen.“

In einem Brief an Wesche vom 18. August schreibt ein nationalsozialistischer Führer und Intimus Hitlers:

„Hitler selbst ist mit seinen Getreuen schon den Weg gegangen, den Sie und die tatensüchtigen Männer der Landvolkbewegung in ihrer Aktion jetzt gehen. (!) In diesem Sinne fühle ich mich Ihnen und der Landvolkbewegung treu verbunden (!) und grüße Sie herzlich.“

Der Brief des prominenten deutschnationalen Führers Graf von der Schulenburg hat folgenden Wortlaut:

„E. L. (Schweiz), den 7. September 1929.  
Sehr geehrter Herr Wesche!

Nachdem ich leider auf zwei Karten, die ich von hier an Sie richtete, ohne Antwort geblieben bin, schreibe ich Ihnen nun „Eingeklopft“. Auch Herrn Hamkens schrieb ich ins hiesige Gerichtsgefängnis.

Oben lese ich mit Entsetzen und Empörung in der „Deutschen Zeitung“ (leider schon die Wiederholung, während der Originalbericht infolge der unregelmäßigen Belieferung entgangen ist) von den wüsten Vorgängen bei Hamkens' Entlassung. Um so notwendiger ist es doch, daß die bei uns so vertrauensvoll begonnene Arbeit nicht wieder aufgegeben bzw. daß sie in anderen Bezirken aufgenommen wird. Wie ist es mit Hein? (Johnson hat inzwischen gekündigt, daß dieser Hein ihn zum Attentat gegen das Haus des Regierungspräsidenten in Schleswig veranlaßt hat. D. Red.) Wir hat er nichts geantwortet. Wie mit Falkenhagen? Es wäre mir sehr lieb, wenn Sie mir nach Ungern, wohin ich Sonnabend zurückkehre, noch mitteilen würden:

1. ob und wann Herr Hamkens oder sonstjemand ihm nachstehende Personen beschützigen, die Arbeit in unserer Gegend in der geplanten Form — zunächst Berufung einer größeren Anzahl von Vertrauensmännern — fortzuführen;

2. ob Ihnen über Hein oder Falkenhagen etwas bekannt ist. Anbei schicke ich Ihnen noch einige Rechnungen bzw. Mahnungen. Vielleicht prüfen Sie einmal nach, ob sie noch nicht bezahlt sind.

Mit deutschem Gruß

Ihr sehr ergebener Graf v. d. Schulenburg.“

Nach den Veröffentlichungen der „Hamburger Volkszeitung“ bekommt die ganze Affäre endlich die politische Wendung, die von Behörden, Polizei und Presse bisher beabsichtigt werden sollte. So steht die „moralische Mittelschicht“ der Hugenberg und Hitler aus, von der die republikanische Presse nicht genug schreiben konnte, um ihren möglichen künftigen Kooperationsfreunden nicht zu nahe zu treten.

Jetzt ist Gelegenheit für die Herren Republikaner, ihre Republik gegen rechts zu schützen. Ihr Herr Herr Sperling, Vorgesetzter: Verhaften Sie Hugenberg! Verhaften Sie Hitler! Greifen Sie zu in das Lager der Hitler-Beute!

Ein Mann, der glauben würde, daß diese Republik und ihre sozialfaschistischen Minister und Polizeipräsidenten, die nur stark sind, wenn es gegen Arbeiter geht, diesen Diktatoren und Auftraggebern des bewaffneten, bombenlegenden Faschismus auch nur zu nahe treten werden. So wie Ehrhardt, werden auch Hugenberg und Hitler sich weiter der republikanischen Freiheit erfreuen, werden sie weiter straflos ihre illegalen Organisationen zur blutigen Niederschlagung der Arbeiterklasse aufrechterhalten können, wobei ihnen die Republik durch Verbot revolutionärer Arbeiterorganisationen, durch schärfste Verfolgung der Kommunisten und gesetzliche Maßnahmen Vorwanddienste leistet.

Arbeiter, macht Schluss mit diesen euren Todfeinden. Genug der Langsam. Was der offene Faschismus heute nicht in seinem Kampfe gegen die Arbeiterklasse erreicht, das wird die Koalitionsregierung für Sie bezorgen. Das erste wird die Erneuerung des Kommunistengesetzes sein. Wehrt euch gegen diese Anschläge. Schließt euch jetzt zusammen! Treter ein in den Antifaschistischen Schutzband. Bildet Selbstschutzzorgane in den Betrieben. Sinein in die SPD!

## Sünderlöhne und Bierkub'hitem bei Meber Rauffmann, Wüstegiersdorf

Eine Textilarbeiterin schreibt uns: Die Auswirkungen des von den Reformisten als „heben“ bezeichneten Schiedspruches treten immer mehr zu Tage. Von einer Lohnerhöhung ist nichts zu merken. Der Textilprolet muß jetzt viel mehr leisten, um wenigstens den alten Lohn zu verdienen. Das Bierkub'hitem ist eingeführt. Wer sich weigert, auf vier Stählen zu arbeiten, läuft Gefahr, wegen Arbeitsverweigerung entlassen zu werden. Früher konnten die Textilarbeiterinnen selbst entscheiden, ob sie auf zwei oder vier Stählen arbeiten wollten.

48 Kollegen und Kolleginnen sind nach der Aussperrung nicht wieder eingestellt worden,

darunter sind Frauen, die 20 bis 30 Jahre im Betrieb gearbeitet haben. Selbst Mitglieder des Betriebsrates wurden gemahnt. Die Direktion erklärt einfach, wer mit den Entlassungen nicht einverstanden ist, der könne vor dem Arbeitsgericht klagen. Hier

zeigt sich besonders deutlich der Verrat des sozialdemokratischen Betriebsrates und Gewerkschaftssekretärs. Sie wagten nicht einmal, der Direktion energisch entgegenzutreten. In der Zeit, wo eine ganze Reihe Kolleginnen nicht wieder eingestellt wurde, sind

80 neue Arbeiter eingestellt

worden. Die Belegschaft ist darüber äußerst empört. Aus lauter Angst vor den empörrischen Kollegen und Kolleginnen wagt es der Betriebsrat nicht einmal, eine Belegschaftsversammlung zu machen, um zu den Umständen Stellung zu nehmen. Für die Zeit der

# Die 6. Bezirkskonferenz der Roten Hilfe, Bezirk Schlesien

Nach der Eröffnung der am Sonntag in Breslau stattgefundenen Konferenz erhielt als Vertreter der kommunistischen Partei der Genosse Gerber zu einer Begrüßungsansprache das Wort. Genosse Gerber zeigte kurz die sich verschärfenden Klassengegenstände und klizierte die ungeheure Wichtigkeit der Roten Hilfe im Kampf gegen die Bourgeoisie. Als zweiter Begrüßungssprecher sprach Genosse Jahn für die Rote Hilfe, Bezirk Oberschlesien. Er überbrachte der Konferenz die herzlichsten Grüße des Bezirks Oberschlesien der Roten Hilfe Deutschlands. Er forderte zu einem gemeinsamen Zusammenarbeiten des gesamten Proletariats in diesen beiden Bezirken auf.

Nach den Begrüßungsansprachen wurde in die Tagesordnung eingetreten. Genosse Schabbe vom Zentralkomitee nahm das Wort zu seinem politischen Referat. Er umriß die Erweiterung des Tätigkeitsgebietes der Roten Hilfe und hob besonders die Aufgaben der Roten Hilfe in der Arbeit in den Betrieben hervor. Die Antifaschistische geht dazu über, Streiks um wirtschaftliche Verbesserungen der Lage des Proletariats durch ihre Straffkraft vollständig zu unterstützen. Der Betriebsfaschismus und der Sozialfaschismus leisten ihr dabei größte Hilfe. Der Genosse Schabbe gab als nächste Aufgaben den Delegierten der 6. Bezirkskonferenz auf den Weg: hinein in die Betriebe, Bildung von Betriebsgruppen der Roten Hilfe, um auch dem letzten Betriebsarbeiter die ungeheuren Gefahren der Antifaschistischen vor Augen zu führen; um sie in der Roten Hilfe, welche die einzige Abwehrorganisation gegen die Klassenjustiz ist, zu sammeln.

An die Ausführungen des Genossen Schabbe schloß sich eine rege Diskussion an, in der 13 Redner zu Wort kamen. Es wurde in der Diskussion unterstrichen, daß die Rote Hilfe nicht nur Sanitätskorps der proletarischen Arbeiterklasse ist, sondern daß die Rote Hilfe in erster Linie eine Klassenkampforganisation ist.

Auch nach dem anschließenden Tätigkeitsbericht, in dem alle bisherigen Mängel und Schwächen der Organisation kliziert wurden, setzte ebenfalls eine sehr rege Diskussion ein. Hier waren 15 Diskussionsredner gemeldet, die in praktischen Vorschlägen zum Ausdruck brachten, wie alle diese Mängel und Schwächen der Organisation beseitigt werden können.

Alles in allem war die 6. Bezirkskonferenz eine erfolgreiche Arbeitersitzung.

Folgende Resolution wurde von der Bezirkskonferenz einstimmig angenommen:

„Die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Kapital und Proletariat verschärfen sich immer mehr. Die Nationalisierung der Industrie schreitet in verschärfter Form vorwärts. Das Kapital macht vergebliche Versuche, neue Wege aus der Krise zu finden. Die Bourgeoisie versucht sich neue Abzweige zu schaffen. Eine Neuverteilung der Welt soll vorgenommen werden. Dem stellt sich gegenüber Sowjetrußland, der sozialistische Aufbau in dem sechsten Teil der Erde entgegen. Der herrschende Krieg gegen die Sowjetunion ist Vorbedingung für eine Stabilisierung der kapitalistischen Ausbeu-

terien wurde früher der Betrieb geschlossen, und man ging gemeinsam in Erholung. Jetzt wird es anders gemacht. Mit der Begründung, für einzelne Abteilungen liegt dringende Arbeit vor, werden die Ferien einzeln gegeben. Den Kolleginnen wird es sogar freigestellt, sich statt Ferien Geld auszahlen zu lassen. Leider sind verschiedene Kolleginnen auf diesen Vorschlag eingegangen. In derselben Zeit, wo die Direktion von dringenden Aufträgen redet, stellt sie auch einen Antrag auf Stilllegung bei der Regierung und versucht, selbst die gesetzliche Sperrfrist von vier Wochen zu umgehen, und fordert Verfrühung der Sperrfrist auf 14 Tage.“

Die Direktion greift mit allen Mitteln an. Ungehörige Steigerung der Leistung, keine Lohnerhöhung, drohende Stilllegung. Sollen die Textilarbeiterinnen sich das ohne weiteres gefallen lassen? Sollen sie stüchsig dem vollständigen Ruin entgegengehen? Nein, und noch einmal nein! Textilarbeiterinnen schart euch um die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die kommunistische Partei. Organisiert den Kampf für Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung! Lebt und verbreitet die „Arbeiter-Zeitung“, die euch über alle für euch wichtigen Fragen unterrichtet.

ling. Verschärfte Ausbeutung und Vorbereitung des imperialistischen Krieges zwingt die Bourgeoisie zu immer schärferen Terrormaßnahmen gegen die Arbeiterklasse. Der weiße Terror soll die Arbeiterklasse den Raubplänen der Bourgeoisie gefügig machen. Die Länder des offenen Faschismus sind Aufmarschgebiete gegen die Sowjetunion. Darum bedeutet Kampf gegen den internationalen weißen Terror gleichzeitig Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Deutschland nimmt im Kampf gegen die Arbeiterklasse immer mehr die Terrormaßnahmen der anderen Länder an. Justiz, Polizei, Gesetzgebung und Faschismus reichen sich die Hände zu einem Generalangriff gegen das Klassenbewußte Proletariat.

Der Straßengesetzwurf, das neue Republiksschutzgesetz, das geplante Vereinsgesetz, der Strafvollzugsreformvorschlag, die Antifaschistengesetzgebung auf dem Gebiete des Arbeitsgerichtswezens und der Schlichtungspraxis zeigen den Weg, den die deutsche Republik geht.

Die Sozialdemokratie erwählt sich hier wie immer als bester Bourgeoisefreund, ja als ausführendes Organ des Kapitals. Sie ist nicht nur Schöpfer und Einseitiger der arbeitserkennlichen Gesetze, sondern ermöglicht durch die Verschleierung des wahren Gesichtes der deutschen Republik erst diese Unterdrückungsmaßnahmen. Unter Führung der Sozialdemokraten werden die in der SPD und im Reichsbanner organisierten Arbeiter zu einem Bündnis gemeinsamen Terrors mit den Organisationen des offenen Faschismus mißbraucht. In den Wirtschaftskämpfen, die in Konflikte mit den auf der Seite des Unternehmertums stehenden Arbeitsgerichten und der Schlichtungsmaschinerie führen, beteiligen sich die sozialdemokratischen Führer und ihre Terrororganisationen als offene Streikbrecher und Knüttelgardien des Unternehmertums. Diese Verstärkung des faschistischen und Justisterrors in den Wirtschaftskämpfen zwingt die Rote Hilfe zum entscheidenden Kampf gegen den Betriebsfaschismus und die Antifaschistengesetzgebung.

Die Folgen des verstärkten Terrors gegen die Arbeiterklasse werden sein, daß neue große Opfer von ihr verlangt werden. Die Rote Hilfe wird der Arbeiterklasse um so besser zur Seite stehen können, je fester sie in den Betrieben verankert ist.

Die Rote Hilfe kann diesen ihren Aufgaben weiter nur gerecht werden, wenn die Arbeiter im engsten Zusammenhange mit der revolutionären Arbeiterbewegung und ihrer Führerin, der kommunistischen Partei, geführt werden.

- Es gilt, eine Massenbewegung zu organisieren!
- Gegen den imperialistischen Krieg!
- Zur Verteidigung der Sowjetunion des Vaterlandes der Arbeiter und Bauern!
- Gegen den internationalen weißen Terror!
- Gegen den Faschismus in jeder Form!
- Gegen die Justizhaus- und Antifaschistengesetzgebung!
- Für die Solidarität der Tat mit dem Proletariat der Länder des offenen Faschismus!
- Für die Befreiung aller eingekerkerten Opfer der bürgerlichen Klassenjustiz!

# Arbeitersport

Breslauer Fußballserienspiele am 22. September

- 16,00 Uhr: Bernstadt I — Freiheit I, Bernstadt, Kapotte
- 16,00 Uhr: VfL I — Hertha I, Hermannsdorf, Reumann P.
- 16,00 Uhr: Stern I — Hundsfeld I, Grabischen, Grünig
- 14,00 Uhr: Stern II — Hundsfeld II, Grabischen, Rasewort
- 16,00 Uhr: Dels I — Sparta I, Dels, Ritter W.
- 14,00 Uhr: Dels II — Sparta II, Dels, Freudenberg
- 16,00 Uhr: Koberswiz I — Südost I, Koberswiz, Reiß H.
- 15,00 Uhr: Dömitz I — Falke I, Dömitz, Genärich
- 16,00 Uhr: Tasmania I — Eintracht I, Klettendorf, Stron
- 16,00 Uhr: Union I — Eintracht II, Dömitz, Müller R.
- 14,00 Uhr: Union II — Eintracht III, Dömitz, Simon
- 16,00 Uhr: Trebnitz I — VfL I, Trebnitz, Sprich W.
- 16,00 Uhr: FSB I — 1921 I, Bebelpark, Wornitz
- 14,00 Uhr: FSB II — 1921 II, Bebelpark, Wornitz
- 16,00 Uhr: Sturm I — Wader I, Marienhöfen, Lober
- 15,00 Uhr: Sturm II — Wader II, Marienhöfen, Bun
- 16,00 Uhr: VfB I — Rapid I, Ostschön, Kronig
- 16,00 Uhr: 1921 I — Fortschritt I, Schlachthof, Eder
- 16,00 Uhr: West I — VfL I, Eichenpark, Sänger
- 14,00 Uhr: West II — VfL II, Eichenpark, Grindel D.
- 10,00 Uhr: Sparta III — Fr. Sportfreunde III, Schlachthof
- 10,30 Uhr: Eintracht III — VfL III, Gr. Moßberg, Feichall
- 9,00 Uhr: Eintracht IV — Wader III, Gr. Moßberg, Czirmit
- 10,00 Uhr: Stern III — Südost III, Grabischen, Schampel
- 10,00 Uhr: Südost IV — Sturm III, Klettendorf, Hoffmann
- 9,00 Uhr: Eintracht III — VfB III, Stadion, Haude
- 9,00 Uhr: VfL IV — Freiheit III, K. Sandau, Rumschte

- 10,30 Uhr: VfL 2. — Eintracht 2., K. Sandau, Blum
- 10,30 Uhr: Südost 2. — West 2., Klettendorf, Salaschowitz
- Gesellschaftsspiele
- 9,00 Uhr: West III — Wader II, Eichenpark, Marschall
- 10,45 Uhr: Wader I — VfL I, Gröschelwiese, Berger
- 9,30 Uhr: Wader Sch. — VfL Sch., Gröschelwiese, Berger
- 14,30 Uhr: Falke I — Dömitz I, Dömitz, Etowronel

Bei Verhinderung von Schiedsrichtern stellen die Vereine selbst Ersatz.

Die Fuchsjagd der Arbeiter-Motorradfahrer. Am vergangenen Sonntag fand die diesjährige Fuchsjagd der Motorradfahrer statt. Trotz des schönen Wetters war nur eine mäßige Beteiligung zu verzeichnen. Pünktlich, um 13,30 Uhr, setzte sich der Zug in Bewegung, um nach dem Jagdgelände zu fahren. Nachdem die Fuchse, die Sportgenossen Heinisch und Demmig, ins Jagdrevier abgerückt waren, schwärmten die Jäger zwanzig Minuten später aus, um sie zur Strecke zu bringen. Das Jagdrevier befand sich zwischen den Dörfern Pilsnitz, Maffelwitz, Herrnsprosch auf der einen, und Schmiedefeld, Dominium Altkrain, Stabelwitz auf der anderen Seite. Keinem der Jäger gelang es, in der vorgeschriebenen Zeit von 70 Minuten einen der Fuchse zu fangen. Nach dem Ablauf der Jagdzeit sammelte sich die Abteilung in Klein-Maffelwitz, um von dort gemeinsam nach dem Vereinslokal zu fahren.

8. Männer-Abteilung FVB. Mittwoch 20 Uhr im Restaurant Kirch, Steinstraße, Versammlung aller Handballer.

Breslau. Stern I — Saarau I: 5:1. Die Saarauer Elfmittel die verteidigende Mannschaft, und nur so war es möglich, obiges Resultat zu halten. Sterns Jugend gewann gegen Saarau trotz dauernder Ueberlegenheit nur knapp 1:0. — Am kommenden Sonntag freie Sportfreunde in Dittersbach, während die Jugend hauptsächlich in Freiburg ein Freundschaftsspiel austrägt. Mehr hierüber, sowie die Abfahrtszeit nach Dittersbach, wird am Freitag im Mannschaftsabend bekanntgegeben.

Jugend-Mannschaften

- 14,00 Uhr: Südost I. — VfL I., Klettendorf, Walde
- 10,30 Uhr: Eintracht I. — VfL I., Stadion, Leise
- 14,00 Uhr: Eintracht I. — Trebnitz I., Gröschelwiese, Langner
- 10,00 Uhr: Prasilowia I. — FSB I., Gröschelwiese, Langner
- 10,00 Uhr: Union I. — Hundsfeld I., Dömitz, Müller



# Breslau

## Ein 5jähriges Mädchen verschunden

Seit gestern, Montag, 13 Uhr, wird die fünfjährige Verba H. Tochter des Schloßers Herbert H., hier, Friedrich-Wilhelm-Straße 97, vermisst. Verba hatte mit ihrer um ein Jahr älteren Schwester auf dem Stelegauer Platz gespielt. In der Zeit von 10 bis 13,30 Uhr erschienen ein den Kindern unbekanntes Mädchen und forderte sie auf, mit ihr zu kommen, der Vater erwarde sie angeblich an der Straße (Ebenbüschener Straße). Die Kinder gingen auch mit und das unbekannte Mädchen führte sie vom Stelegauer Platz durch die Bergstraße, dann an der Bahn entlang auf dem Verbindungsweg der Bergstraße mit der Ebenbüschener Straße bis nach der Alexi-straße 18 zum Friseur K. H. Dort ließ das Mädchen die kleine Verba unkontrollieren und schickte die ältere Schwester mit dem Bemerkten nach Hause, sie käme mit der Verba gleich nach. Seit dieser Zeit ist Verba spurlos verschwunden.

Das Kind ist etwa 75-80 Zentimeter groß und infolge der englichen Krankheit zurückgeblieben. Es ist schlief und hat sogenannten „Entengang“, blaßes Gesicht und hellblonden Pubis. Bekleidung: grünes Strickkleid, modische Strümpfe, braune Halbschuhe. Das unbekannte Mädchen wird wie folgt beschrieben: Etwa 14-15 Jahre alt, 1,55-1,80 Meter groß, mittlere Figur, volles Gesicht.

## Warum läßt der „Liebe Gott“ das zu?

In den „Neuesten Nachrichten“ vom Sonnabend ist ein erschütternder Bericht über die Situation auf dem himmlischen Stellenmarkt enthalten. In ihm wird Mitteilung von der peinlichen Tatsache gemacht, daß „in der Diözese Breslau ein immer sich häufender Mangel an Geistlichen“ eingetreten ist. Anfang dieses Jahres sind zwar 88 neue Priester „geweiht“ worden; davon müßten aber sofort (infolge des Konfessionswunders zwischen Plus und dem „Sozialisten“ Braun) fünf an das gottlose rote Verlin abgegeben werden. Und weil weiterhin selbst ein „Stellvertreter Gottes“ in den Himmel gerufen wurden und zwölf andere ihren Dienst beim lieben Gott quittieren und sich pensionieren ließen, ist eine Verminderung des Priesterbestandes eingetreten.

Die frommgläubigen Redakteure von der Weldenstraße sind selbstverständlich sowohl vom „H. Geist“ erleuchtet, um das alles begreifen zu können. Anders ist es mit uns, einer solchen Gnade eben nicht teilhaftig gewordenen, Heiden. Uns ist da einiges reichlich unklar. Wir überlegen uns nämlich: Der „Liebe Gott“ ist allmächtig. Er könnte, wie er z. B. die falsche ganz nach Gutdünken vermehren kann, auch seine irdischen Stellvertreter vermehren. Hat er zu wenig, selbst selbstverständlich der Betrieb. Das ist genau so wie bei einer Versicherungsgesellschaft. Je mehr Firmenvertreter, um so besser. Und nun die Preisfrage: Warum stellt der liebe Gott seiner Breslauer Generalvertretung nicht das notwendige Personal zur Verfügung? Wo er es doch in seiner Allmacht könnte? Warum schädigt er gewissermaßen sich selbst?

## Die neue Schwurgerichtsperiode

Die nächste Schwurgerichtsperiode beginnt mit dem 30. September. Zur Verhandlung angelegt sind vorläufig eine Sache wegen vorläufiger Brandstiftung und Versicherungsbetruges und der Mordversuch des Malergesellen K. J. in der Malergasse. Wahrscheinlich wird in dieser Tagung auch gegen den Kompilator Wieland, den Kellner Bräuer, verhandelt werden. Nicht vorgesehen ist der Prozeß gegen Frau Neumann. Wir werden über die wichtigsten Sachen berichten.

## Werttätige und arbeitslose Frauen und Mädchen und Hausfrauen!

Die Teuerung, die niedrigen Löhne, der Raub der Erwerbslosenunterstützung führen zur Verelendung und zur Aushungierung der breiten Arbeitermassen. Weht euch dagegen, kommt in die am Donnerstag, dem 19. September, um 19 Uhr, im „Selben Löwen“, Oberstraße 23, stattfindende Frauenversammlung, nebst Lichtbildvortrag. Komitee werttätiger Frauen Schlesiens.

## Achtung, Arbeiterchützen!

Heute 20 Uhr bei Reimann, Antonienstraße, findet anschließend an das Übungsgeschießen die am letzten Dienstag vertagte Mitgliederversammlung statt. Sehr wichtige Tagesordnung. Alles muß ergehen.

## Fünf Festnahmen

Die Zahl der gestern Festgenommenen beträgt fünf, die unterdessen wieder freigelassen wurden.

Ein Kind aus dem Fenster gestürzt. Im Grundstück Brigitte-straße 4 stürzte das vierjährige Kind des Monteurs Dräger in ein unbewachten Augenblick vom Fenster hinab auf die Straße. Das Kind erlitt schwere Verletzungen und ist kurz nach Einlieferung ins Krankenhaus verstorben.

Tödlicher Sturz aus dem Fenster. Gestern gegen 8,15 Uhr ist aus dem Fenster des 4. Stockes Neue Tadjenstr. 15 (Hotel Reichshof) das Zimmermädchen Maria Reiser gestürzt. Sie wurde schwer verletzt ins Bengel-Gand- Krankenhaus eingeliefert, wo sie jedoch bald nach der Einlieferung verstarb.

Opfer der Polizeijagd. Gegen 22 Uhr stieß auf der Schuhbrücke, Ecke Burgstraße der Streifenwagen 382415 der Schutzpolizei mit einem Personenkraftwagen zusammen. Der Streifenwagen bestand sich auf der Fahrt vom Polizeigeängnis zum Schießwender. Beide Fahrzeuge wurden erheblich beschädigt.

Schauspielhaus (Operettenbühne). Die Muth und Eduard Lichtenstein gastieren noch vier Abende in Lebars Meisterfolg: „Friederike“.

## Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**  
 Breslau  
 Streifen. Mittwoch 19.30 Uhr Mitgliederversammlung bei Wende, „Stadt Breslau“.
- Kommunistischer Jugendverband**  
 Breslau  
 Weh. Dienstag Mitgliedergeneralversammlung, Analerbeim.  
 Weh. Dienstag fällt die Versammlung aus; dafür Funktionärkung
- Roter Frauen- und Mädchenbund**  
 Breslau  
 Alle Genossinnen erscheinen am Mittwoch, pünktlich 20 Uhr, bei Reimann, Antonienstraße.  
 Weh. Weh. und Oberster. Dienstag 20 Uhr bei Kabischke, Post-Edle Tischstraße, Kameradschaftabend. Erscheinet jeder Genossin im Pflicht.  
 Weh. Weh. Weh. Heute Frauenversammlung bei Kaps, Mariannenstraße 17. Alles muß ergehen.
- Sonstige Organisationen**  
 Breslau  
 „Franchese, 68“. Dienstag 20 Uhr Übungsstunde im „Hofen B. W.“. Gäste willkommen.

# Die Versammlung der Breslauer Verbrecherkolonie

## Unter gütiger Aufsicht der Schupo

Die gestrige Versammlung der Nazis war natürlich wieder voll besetzt. Das ist kein Wunder; man muß das so werden wie Versammlungen der Bibelforscher oder der Heilsarmee. Die sind auch immer voll, denn was dort gesprochen wird, richtet irgendwie an bestimmte Komplexe gewisser Leute. Wenn Bedels sah über den Antisemitismus, den Sozialismus der Dämmerung, noch einer Bestätigung bedürftig, die gestrige Versammlung und ihre Teilnehmer hätten sie erbracht.

Was man da, neben den Neugierigen, so unter dem Galentanz sah, war plattestes Spießbürgertum, dem keine Beschränkung auf der Rasenspitze geschrieben stand; daneben viele Besucher, deren Photographien im Volkspolizeibüro sicher unter der Kennmarke „Schwere Jungen“ zu finden sind. Daß einige dieser Kerls daneben noch b. e. s. o. s. s. e. n. waren, versteht sich von selbst.

Als nach 20 Uhr der „Redner“ Straßer den Saal betrat, kam die erste Überraschung für die Nazis. Der Ruf: „Nieder mit den Faschisten“ dröhnte mächtig durch den Saal. Vorher hatte man versucht, unter Mithilfe der Polizei, einen Genossen, weil er Jude sein sollte, aus dem Saal zu entfernen. Das scheiterte jedoch am Widerstand der anwesenden Arbeiter. Ein anderer Genosse wurde von der Polizei auf „Waffen“ durchsucht; selbstverständlich ergebnislos.

Nachdem die Versammlung eröffnet war, verlangte ein Genosse das Wort zur Geschäftsordnung. Das wurde verweigert und unser Genosse, der weiterreden wollte, von Polizeibeamten aus dem Saal geschleppt und verhaftet. Ein ungeheurer Tumult entstand. Die Polizei drängte,

### gemeinsamlich mit den Faschisten,

den größten Teil der Arbeiter aus dem Saal. Von hinten griff dabei das faschistische Verbrecherpaar die Arbeiter an. Der Genosse Preis erhielt mit einem Schlagring einen Pieß gegen den Kopf, so daß er blutete. Ein zweiter Arbeiter wurde mit einem Bierglas am Schenkel erheblich verletzt, während andere Proleten Faustschläge erlitten. Und das alles unter den Augen der Polizei! Als Genosse Preis den Schlagringbanditen feststellen wollte, schante das ein Polizeibeamter ab, während andererseits der von den Vorfällen beim Frauentag her bekannte Oberleutnant Traumann (Revier 8) die Personalien dieses dann neben ihm stehenden Polizeibeamten nicht feststellen konnte, und er weiterhin

erklärte, der Beamte wäre ihm persönlich unbekannt. So also laßt die Polizei den Begriff Unparteilichkeit auf.

Auf Reserate (zweifelhaft Stundens), wie das Straßers einzuweichen, müßten wir ablehnen. Derartige lächerliche Unfug kann nur in der Humor- oder Kinderbelage, vielleicht auch im medizinischen Teil einer Zeitung unter dem Sammelbegriff Pathologie behandelt werden. Wie eingeliefert dieser großwahnstimmige Krake ist, geht daraus hervor, daß er nur immer von sich, „dem Reichsbildungsbevollmächtigten, der sechs Monate Gefängnis bekommen hat“, sprach. Wie mancher revolutionäre Arbeiter hat nicht bekommen, ohne daß er sich eine Beschränkung umhing: „Seht, welch ein Märtyrer bin ich!“

In der Diskussion sprach mit Beifall der Arbeiter begrüßt, Genosse Reimann. Er rühte den Großwahnstimmigen Straßers ins rechte Licht, und zeigte dann auf, woher die Nazis ihre Gelder haben: von den Großkapitalisten. Damit ist diese Bewegung als eine Agentur der Bourgeoisie entlarvt. Hier legten die Nazis, denen die Feststellungen sichtlich unangenehm waren, mit ihrem Gebrauh ein. Schnell war erklärt, die zehn Minuten Redezeit sei abgelaufen — Schluß, Felges Pad, das Angst vor der Diskussion hat.

Vorher hatte noch ein Sozialdemokrat Langer gesprochen. Unter dem tosenden Beifall der Faschisten

begrüßte er den „Mut Straßers“ und fand es erschütternd, daß „blonde deutsche Mädel mit Juden klagen“.

Fürwahr, ein Prachtexemplar eines Sozialdemokraten. Die „Volkswacht“ möge ihn zur Prämülierung vorkerkern.

Bevor Straßer dann das Schlusswort nehmen wollte, verließen die noch anwesenden Arbeiter geschlossen den Saal.

In den Straßen um den Schießwender herum veranstaltete die Polizei die jetzt schon

zur Gewöhnheit gewordene Jagd auf Arbeiteransammlungen.

Sie mußte eben jede Möglichkeit ausnützen, den Faschisten beizustehen, konnte es aber doch nicht verhindern, daß einige dieser Bärchchen, die dort herumspionierten wollten, von den empörten Arbeitern verdrohen wurden.

Die ebenfalls von der Polizei aus dem Schießwender gedrängten Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes veranstalteten dafür einen Demonstrationzug, der von der Polizei zwar auseinandergehauen wurde, sich aber trotzdem sofort wieder bildete und weiterzog.

# Der Munitionsfund bei dem Freiherrn von Richthofen

Die Arbeiter, die sie in seinem Auto fanden, wurden nicht nur entlassen, sondern aus Rache noch der Brandstiftung verdächtigt — Merkwürdiges Verhalten der Breslauer Kriminalpolizei

Breslau, 17. September.

Als der in Schlesien als nationalstiller Heher berühmte Rittergutsbesitzer Freiherr v. Richthofen-Boguslawitz im August d. J. sein vornehmes Auto in die Breslau, Gabelstraße 28, befindlichen Werkzeuge zur Reparatur gab, fanden die dort beschäftigten Arbeiter in der Seitentasche des Wagens fünf scharfe Patronen. Auf Anordnung des die Reparatur vornehmenden Monteurs sollten diese in den Müll geworfen werden. Aus verständlichen Gründen nahmen aber einige Arbeiter die Munition an sich. Als einige Tage später in der „Volkswacht“ eine kurze Notiz über den Fund erschien, wurden drei Arbeiter fruchtlos entlassen. Angeblich sollten es, so ließ wenigstens Richthofen erklären, harmlose Jagdpatronen gewesen sein.

Wie sehen nun diese „harmlosen Jagdpatronen“ aus? In der Weisinger-Güte steckt ein Stahlmantelgeschob, dem ein abgeplatteter Bleikern aufgesetzt ist. Und ausgerechnet mit derartigen Munition geht Herr Richthofen jagen. Vielleicht gar Sperlinge?

Nachdem die drei Arbeiter entlassen waren, wurde ihnen mitgeteilt, daß ihnen für vier Wochen die Unterstützung gesperrt sei, weil sie die Entlassung „selbst verschuldet hätten“. Das Tollste aber ist folgendes:

Gestern, Montag vormittag, erschien ein Beamter der Breslauer Kriminalpolizei bei den entlassenen Arbeitern und verlangte von ihnen ein Alibi für Montag, den 3. September. In diesem Abend ist nämlich eine zum Richthofenschen Rittergute gehörige Scheune in Boguslawitz abgebrannt.

Aus Rache über die Aufmerksamkeit der betreffenden Automonteurs — die dem Richthofen demnach sehr unangenehm gewesen ist — hat offenbar dieser edler Herr die Betreffenden der Brandstiftung verdächtigt. Und die Breslauer Kriminalpolizei? Sie hatte nichts Eiligeres zu tun, als dieser frechen Verdächtigung sofort nachzugehen und die Arbeiter zu verhören. Wir finden ein solches Verhalten einfach skandalös. Nächstens braucht nur jeder aus der Arbeitsstippe in dem Augenblick, wenn ihm ein politischer Gegner unangenehm wird, zum Breslauer Polizeipräsidenten zu gehen, ihn vielleicht eines Mordes oder eines anderen Verbrechens verdächtigen, und schon schnappen die Beamten darauf ein. Wir verlangen, daß das Präsidium einmal Aufschluß über die Gründe dieser merkwürdigen Dienstfertigkeit gibt.

# Elf Millionen Viehbelastung

## Die Auswirkungen des Biffelschen Raubzuges für Breslau

Die Bestrebungen, erhebliche Verschlechterungen für die Erwerbslosen zu schaffen, würden, in die Tat umgesetzt, nicht nur katastrophale Auswirkungen für den einzelnen Arbeitslosen haben, sondern auch auf die finanzielle Lage der Kommunen.

Bereits durch die im Juli d. J. von dem sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Biffel herausgegebene Verordnung stieg die Zahl der vom Wohlfahrtsamt betreuten ausgesteuerten Erwerbslosen ganz erheblich. Betrag ihre Zahl am 1. Juli 2600, so erhöhte sich diese durch die Auswirkungen der Verordnung auf 7373 am 1. August d. J. Hinzu kommen noch die 3134 unterstützungsempfänger, deren Unterstüngen aus der Arbeitslosenversicherung unter den von den städtischen Körperchaften festgesetzten Richtsätzen des Wohlfahrtsamtes blieben.

Am 1. Juli waren an Zusatzunterstützungsempfängern beim Wohlfahrtsamt vorhanden 4807, ihre Zahl fiel am 1. August auf 3164. Am 1. September d. J. wurden vom Wohlfahrtsamt 7672 ausgesteuerte Hauptunterstützungsempfänger betreut und 2550 Zusatzunterstützungsempfänger.

Die Aufwendungen, die für diese dringend Hilfsbedürftigen gebraucht wurden, steigen von Monat zu Monat. Dabei reichen die Unterstüngen gerade nicht einmal zur Fristung des notwendigsten Lebensbedarfs. Die Zusammenstellungen des Jahres 1928, die jetzt vorliegen, zeigen die Belastung der Kommune durch die Aufwendungen für diese Wohlfahrtsunterstützungsempfänger. So hat Breslau im Jahre 1928 aufgewendet:

- a) an Unterstüngen für Wohlfahrtsarbeitslose rd. 2 545 000 M.
- b) an Aufwendungen für die in der Arbeitsfürsorge beschäftigten Wohlfahrtsarbeitslosen rd. 1 353 000 M.
- c) an Zusatzunterstüngen für Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfänger, deren Unterstüngenjahre niedriger sind als in der öffentlichen Fürsorge, rd. 625 000 M.

zusammen: 4 523 000 M.

- Im Rechnungsjahre 1929 wird mit folgenden Ausgaben gerechnet:
- a) mit rund 3 000 000 M.
- b) mit rund 1 800 000 M.
- c) mit rund 700 000 M.

zusammen: 5 500 000 M.

Hierzu kommen noch die Ausgaben für die Krisenunterstützung, zu denen die Stadt ein Fünftel beizutragen hat, und zwar im Rechnungsjahr 1928 von rund 1 600 000 Mark und im Rechnungsjahr 1929 von rund 2 000 000 M. Insgesamt hat Breslau also im Rechnungsjahre 1928 für die Erwerbslosen aufgewendet rund 6 100 000 Mark. Für das Rechnungsjahr 1929 werden diese Ausgaben auf insgesamt rund 7 500 000 Mark geschätzt.

Würden nunmehr Änderungen des Arbeitslosenversicherungsgegesetzes in der Weise eintreten, daß noch weitere Verschlechterungen in Bezug auf Anwartschaftszeitern usw. kämen, so würde dies in Breslau geradezu zu einer finanziellen Katastrophe führen. Man könnte wohl annehmen, daß etwa infolge der geplanten Änderungen die Hälfte aller zurzeit vom Arbeitsamt unterstützten Personen nunmehr der allgemeinen Fürsorge anheimfallen würde. Nach den Angaben des Arbeitsamtes wurden am 24. Juli d. J. unterstützt

Arbeitslosenunterstützungsempfänger . . . . . 16 000

Krisenunterstützungsempfänger . . . . . 9 400

zusammen: 26 000

Rechnet man also mit einem Ausschneiden von 13 000 Unterstüngenempfängern, so würde dies bei einem monatlichen Durchschnittsunterstützungssätze von rund 70 Mark (Verheiratete ohne Kinder) bedenten,

daß die Stadt Breslau dadurch monatlich 910 000 Mark Mehraufwendungen hätte, in einem Jahre also rund 11 Millionen Mark.

Kommunalpolitisch gesehen gehen also alle diese Bestrebungen da hinaus, die Kassen des Reiches und der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zu entlasten und die finanziellen Schwierigkeiten der Kommune noch zu vergrößern. Die Parteien, die diesen Unterstüngenraub mitmachen, werden im kommenden Wahlkampf erneut vor ihre Wähler hintreten und sich als die bewährten Kommunalpolitiker hinstellen. Dann soll man ihnen ihr schändliches Verhalten nachsehen und ihnen ihre kommunalpolitischen Argumente um die langen Ohren schlagen.

Hermann Ammon



# Waldenburger Bergland

## Wassergeld von 23 auf 55 Pfennig erhöht

Der Kreisaußschuß hat beschlossen, den Wasserpreis für Waldenburg von 23 auf 55 Pfennig zu erhöhen. Das Waldenburger Parlament hatte bekanntlich eine Erhöhung des Wasserpreises abgelehnt. Das nennt man „Selbstbestimmungsrecht der Kommunen“. Von der Preisverhöhung werden in erster Linie die Arbeiter in der Mitte betroffen. Der Beschluß des Kreisaußschusses hat ab 1. September rückwirkende Gültigkeit.

## Für den Proleten gut genug

Wir veröffentlichen die Zuschrift eines Waldenburger Arbeiters, die, ohne eines Kommentars zu bedürfen, die verwerfliche Lage einer proletarischen Familie schildert:

„In der Stadt Waldenburg bewohnte ich seit 1928 eine Dachkammer. Meine Familie vermehrte sich bis 1929 auf sieben Personen. Durch mehrmalige Erwerbslosigkeit geriet ich mit der Meie für die Dachkammer in Rückstand. Auf Grund dessen wurde ich am 14. Juni 1929 zwangsweise aus der Wohnung gesetzt und lag mit fünf Kindern unter sechs Jahren auf der Straße. Die Polizei griff ein und setzte mich in eine polizeilich gesperrte Wohnung. Über diese Unterkunft ist nicht als Wohnung, sondern als Schweinestall anzusprechen. Es besteht jeden Augenblick die Gefahr, daß die Decke herunterbricht oder der Ofen zusammenstürzt. Es wimmelt von Schwaben, Wanzen und Flöhen, die mir die Nachtruhe rauben, wenn ich abgehört von der Arbeit komme. Das ist eine von den Wohnungen, die vor einigen Jahren gestilmt wurden, um das Waldenburger Wohnungselend zu beseitigen. Seit dem 14. Juni laufe ich nun schon von der Baupolizei zum Wohnungsammt und zum Wohnungsbezeren. Für einen Familienvater mit fünf Kindern, der durch lange Erwerbslosigkeit und andere Umstände einmal mit der Meie im Rückstand geraten ist, gibt es eben keine Wohnung. Der Wohnungsinspektor erklärt: „Geben Sie erst Meie, und Sie werden eine menschenwürdige Wohnung erhalten.“ Doch erst soll man mit einer menschenwürdigen Wohnung geben, dann werde ich auch regelmäßig die Meie bezahlen. Einen Fluch diesem System, der kapitalistischen Gesellschaftsordnung! Hinweg mit ihr! In ihre Stelle gehört der Arbeiter- und Bauernstaat! Dann werden auch Wohnungen für Proleten zu haben sein.“

## Vier Mark Lohn und keine Invalidenmarken

A. R. Bereits seit mehreren Jahren beschäftigt der Gutspächter Wiesel in Wüstegiersdorf einen jetzt 18-jährigen Jungen. Der Junge erhält wöchentlich 4 Mark Lohn. Der Gutspächter zahlte für ihn weder die Krankenkassen- noch die Invalidenversicherungsbeiträge. Vor einigen Tagen verunglückte der Junge, indem ihn ein wild gewordener Ochse aufdickte. Der Verunglückte mußte ins Krankenhaus geschafft werden. Wer bezahlt nun die Kosten?

## Freiburg

### Gemeindevertretung Zirlau gegen Unterstüßungsabbau Feige verteidigt seine Sprüche

In der letzten Gemeindevertretersitzung von Zirlau wurde einstimmig folgende von der kommunistischen Fraktion eingebrachte Entschließung angenommen:

„Die Gemeindevertretersitzung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die beabsichtigte Verschlechterung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Die Belastung der Gemeinden wird dadurch ins Unermessliche gesteigert. Gerade die Bauarbeiter, welche durch die jetzige Geldknappheit auf dem Bauplatz nur für kaum 26 Wochen Beschäftigung finden, sollen dabei um das Recht, als Menschen zu leben, gebracht werden. Die Gemeindevertretung verurteilt eine derartige Verschlechterung dieses Gesetzes ganz entschieden.“

Aus den weiteren Verhandlungen sei hervorgehoben:

„Die Berichte in der „Arbeiter-Zeitung“ über das Vergehen der Zirlauer Motorprüfe sind erlogen. Das Sachweib von Berichterstatter will nur dem Herrn sozialdemokratischen Gemeindevorsteher als Lump in hiesiger Gemeinde hinstellen.“ Dieses wäre ungefähr der Inhalt. Auf der Tagesordnung standen 13 Punkte. Zu Punkt 4,

„Ausbildung von drei Feuerwehrleuten als Kraftwagenführer“, stellte der Genosse Herrmann die Anfrage, warum bei den letzten zwei Bränden die noch nicht allzu lange in Betrieb befindliche Motorprüfe verlagert hätte. Der Gemeindevorsteher Feige brachte darauf die letzten drei Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ zur Verlesung und stellte sie als politische Wache hin. Genosse Sächendach stellte nun folgendes fest: Die Wespennachrichtungsgebühren wurden der freiwilligen Feuerwehr ohne Kontrolle der Gemeindevertretung zwecks Anschaffung und Instandhaltung der Geräte bewilligt. Auch sprach Gemeindevorsteher Feige bei der Ueberweisung dieser Mittel der freiwilligen Feuerwehr sein Vertrauen aus, trotzdem die Spitzen dieser Wehr fast ausschließlich den Kreisen der Deutschnationalen angehören. Wir fragen an: Wer ist der Verantwortliche über die öffentlichen Mittel, welche verausgabt werden, verantwortlich? Wir glauben in erster Linie die gesamte Gemeindevertretung und nicht die Feuerwehr. Warum wählte man damals keine Feuerwehrkommission aus Mitgliedern der Vertretung? Herr Feige allein hat dieses alles mit der Feuerwehr erledigt, trotzdem er wissen mußte, daß dadurch ein Teil der Bevölkerung von ihren Vertretern keinerlei Auskunft erhalten konnte. Bei der Mitteilung über den Stand der Neubauangelegenheit teilte Feige mit, daß es noch nicht gelungen ist,

billige Gelder für das neu zu errichtende Sechsfamilienhaus aufzutreiben. Es wurden dann Gemeindevorsteher Feige und Schöb-Sächendach beauftragt, noch einmal zu versuchen, billige Gelder zu beschaffen. Zur Eingemeindung wurde der Magistrat Freiburg aufgefordert, zur Information über diese wichtige Angelegenheit die gesamte hiesige Gemeindevertretung einzuladen.

## Schweidnitz

### Es geht vorwärts!

In Zobten fand eine Sitzung von einigen Arbeitern statt, die sich mit der Auffstellung einer roten Arbeiterliste befaßten. Bei dieser Gelegenheit wurden fünf Bestellungen für die „Arbeiter-Zeitung“ aufgegeben. Ein Arbeiter trat der kommunistischen Partei bei. Acht Anwesende erklärten sich bereit, ihren Namen auf die rote Arbeiterliste zu setzen.

## Landeshut

### Mit dem Gerüst abgeführt

Bei Malerarbeiten an der Volkshausstätte, ereignete sich ein schweres Unglück durch Umsinken einer an der Hausfront stehenden 20 Meter hohen Leiter. Der darauf stehende Geselle und Dachling stürzten in die Tiefe und wurden mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus eingeliefert.

# Arbeitervertreter im Parlament Landeshut

## SPD. gibt der katholischen Kirche Geld — Sozialdemokraten mit der Benachteiligung der schlesischen Arbeiter einverstanden

In einer interessanten und für die vielen Zuhörer, meist Arbeitslose, über die Tätigkeit der Bürgerlichen und Sozialdemokraten aufklärenden Begebenheit gestaltete sich die letzte Stadtverordnetenversammlung in Landeshut. Standen doch neben der Instandsetzung des Daches des städtischen Schlachthofes, der Erhöhung der Schlachthofgebühren und der Bewilligung der zur Ausführung notwendigen Mittel durch Anleihen, der Einführung einer zeitgemäßen Fällensatzuhr noch die Anträge der kommunistischen Fraktion zur Beratung, welche verlangten:

1. Erlass der Mitzahlung der an ausgesperrte Textilarbeiter gezahlten Vorschüsse.
2. Wegfall der 50 prozentigen Anrechnung des Frauenverdienstes bei Errechnung der Wohlfahrtsunterstützung.
3. Beseitigung der Pflichtarbeit für Wohlfahrtsempfänger.

Trotzdem die beiden letzten Anträge in einer Arbeitslosenversammlung der sozialdemokratischen sowie der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion zur Verurteilung vorher unterbreitet wurden, waren es nur die Kommunisten, welche einen entsprechenden Antrag eingebracht hatten und auch dafür in der

Sitzung eintraten. Wie immer, wenn für die Arbeiter etwas getan werden soll, erklärten sich die anderen für nicht zuständig. Und es wird gewiß nicht von den Textilarbeitern vergessen werden, daß die Bürgerlichen einschließlich des vom Vorstande des schlesischen Textilarbeiterverbandes angeführten Webers Reimelt gegen die Niederschlagung der Vorschüsse gestimmt haben. Aber auch der Sozialdemokrat Heller fand es in Ordnung, daß die Regierung den Osten, diesmal Schlesien, anders behandelt als wie den Westen in der gleichen Situation. Genosse Brückner schilderte die Lage der schlesischen Textilarbeiter vor der Aussperrung, das namenslose Geln, welches durch Denkschriften berufener Aerzte und Verwaltungsbekannt in Deutschland und darüber hinaus bekannt wurde, die weitere Verelendung durch die siebenwöchige Aussperrung und den Verrat der Gewerkschaftsbürokraten. Daß die Ausführungen sahen, bewies die Anruhe auf bürgerlicher Seite und die Zustimmungsrufe der Zuhörer. Bei der Beratung der Erwerbslosenfrage kam es zu scharfen Auseinandersetzungen mit dem Delegierten des Wohlfahrtsamtes, dem sozialdemokratischen Bürgermeister Fechner. Dieser findet es ganz in der Ordnung und gefällig begründet, daß die Frauen nach der Praxis der Landeshuter Unternehmer die arbeitslosen Männer unterhalten müssen. Die Landeshuter Textilindustriellen werden sich eine derartige Einstellung noch mehr zunutze machen, noch mehr männliche Arbeitskräfte auf das Straßenpflaster werfen. Die gleiche Einstellung zeigte sich auch bei der Beratung des Antrages auf Beseitigung der Pflichtarbeit für Wohlfahrtsempfänger. Mit einer Demagogie, wie sie nur Sozialdemokraten vom Schlage eines Fechner gegeben ist, kämpfte dieser Herr für die Beibehaltung der Pflichtarbeit. Dabei überließ er ganz, daß die als Pflichtarbeit verlangten Arbeiten fast durchgängig etatismäßige Arbeiten sind und daß Krisenunterstützungsempfänger nur mit durch den Verwaltungsausschuß genehmigten Arbeiten bei gleichzeitiger Entschädigung beschäftigt werden dürfen. Das müßte Fechner, der lange genug stellvertretender Vorsitzender des Kreisarbeitsnachweises war, wissen. In dem Verhalten dieses Sozialdemokraten zeigt sich so recht die Praxis dieser Partei. Bezeichnend für die sozialdemokratischen Arbeiter, welche im Freidenkerverband sind, war auch die Abstimmung über die Bewilligung des Patronatsbeitrages in Höhe von 2348 Mark zur Verbesserung des Daches der katholischen Kirche. Hier stimmten die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Bürgerlichen für die Bewilligung. Das alberne Geschwätz, welches der mit der Wahrheit dauernd auf dem Kriegsfuße stehende „Bergwacht“-Schwindler Schiller noch zum Besten gab, kann über die Taten dieses Arbeitervertreter nicht hinwegtäuschen.

## Im Krug zu Rothenbach findet am Sonntag, dem

### 22. September, vormittags 9 Uhr, eine öffentliche Versammlung

statt. Der Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Genosse Biewald, wird über den Prozeß sprechen, der auf Anzeige des

## Kuratus Schramm und Fürstbischofs Bertram

gegen die „Arbeiter-Zeitung“ wegen der bekannten

# Ohrenbeichte

eingeleitet wurde. Freie Aussprache. Werktätige von Rothenbach, erscheint zahlreich!

# Niederschlesien

## Görlitz

### Der Hungerfeldzug gegen die Erwerbslosen

In einer von der K.P.D. einberufenen Erwerbslosenversammlung sprach der Reichstagsabgeordnete Genosse Sobotta über die geplante „Reform“ der Arbeitslosenversicherung. Der sozialreaktionäre Kurs wird unter der Koalitionsregierung in aller Schärfe fortgesetzt. Der Behauptung der Sozialdemokraten: „Dieses Gesetz bedeutet eine soziale Ertragsminderung, weil es den Arbeitslosen ein Recht auf Unterstützung garantiert“, steht gegenüber die Tatsache, daß fortlaufend Unterstützungsentzuehungen und -herabsetzungen von den Arbeitsämtern vorgenommen werden, im Widerspruch. Im Dezember 1928 erhielten von 2545 383 Arbeitssuchenden 715 667 Arbeitssuchende keine Unterstützung. Für Hunderttausende von Arbeitslosen bestand kein Rechtsanspruch. Dieser große Teil der Opfer der kapitalistischen Rationalisierung wurde dem Verderben ausgeliefert. Ungefähr drei Viertel aller Unterstützungsempfänger erhalten eine Unterstützung in Höhe von 6—15,75 Mark pro Woche. Also nur ein Viertel der Unterstützungsempfänger erhält eine Unterstützung von 17,55—22,05 Mark. In den Vorschlägen der Unternehmer wird gefordert, die Heimarbeiter vollständig aus der Versicherung auszuschalten, und den Saisonarbeitern während der Dauer der Saisonarbeitslosigkeit keine Unterstützung zu zahlen. Ein weiteres Kapitel der geplanten Sparmaßnahmen sind die angeblichen Mißstände. Die Unternehmer, gemeinsam mit den Gewerkschaftsvertretern, im Sozialpolitischen Ausschuß fordern, daß die Frage der Scheinbeschäftigung eingehend zu prüfen sei. Bei diesen Feststellungen genügt aber schon der Verdacht, daß etwa eine solche besteht. Die Arbeitsfähigkeit soll in Zukunft vom Vermittler bestimmt werden. Ein Erwerbsloser, der auf Grund ärztlicher Gutachten zu einer aufgetragenen Arbeit nicht fähig ist, darf dieselbe nicht mehr unter dieser Begründung ablehnen, wenn der Vermittler ihn für geeignet erklärt. Gerade die zuletzt angeführte Maßnahme gibt zu erkennen, daß die Arbeitslosen gezwungen werden sollen, unter allen Umständen und zu jedem Lohn in den Betrieb zu gehen. Entsprechend dem Vorschlag der Unternehmer soll der Erwerbslose nicht wie bisher, nach vier Wochen wieder unterstütz-

werden, sondern erst dann wieder Unterstützung erhalten, wenn derselbe ein versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis von 26 Wochen nachweist. Da nach dem Weisungselastischen Erlass Unterstützungsempfänger, über die eine Sperre verhängt ist, auch keine Wohlfahrtsunterstützung erhalten dürfen, bedeutet diese Maßnahme in ihrer letzten Konsequenz: entweder der Arbeiter geht unter allen Umständen in den Betrieb, oder er muß auf der Straße verrotten.

Das Proletariat muß zur Abwehr dieses Generalangriffs der Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Lakaien alle Kräfte einlegen.

### Aus dem Fenster gekürzt

Der 16-jährige Tischlerlehrling M., Landstrontr. 46, stürzte abends aus dem Fenster des dritten Stockwerkes in den Hof. Er trug erhebliche Verletzungen davon und wurde ins Krankenhaus geschafft.

## Sagan

**Autozusammenstoß.** Ein Auto aus Forst fuhr an der Ecke Stadt- wie Friedrich-Wilhelm-Straße mit einem Motorrad zusammen. Der Fahrer des letzteren, Landwirt Thomas, aus Hirschfeld, der auf dem Sozius saß seine Braut hatte, stürzte mit dieser und beide trugen lebensgefährliche Kopfverletzungen davon. Man brachte sie nach dem Krankenhaus.

# Habt Ihr schon

die am Mittwoch erscheinende Erwerbslosen-Ausgabe bestellt? Wenn nicht, bestellt sofort!

## Grünberg

### Wohlfahrtsamt und Ergänzungsamt

Ein Erwerbsbeschränkter ersuchte das Wohlfahrtsamt um Erteilung eines Wandergewerbebescheines, worauf er folgende Antwort erhielt:

„Herrn D. K.“

Auf Ihr Schreiben vom 8. 9. 1929 erwidern wir Ihnen, daß der Antrag auf Erteilung des Wandergewerbebescheines an die Polizeidirektion zu richten ist. In gewissen Fällen wird das Wohlfahrtsamt dazu gehört. Auch Ihr Antrag würde uns wohl zur Stellungnahme überhandelt werden. Wir können Ihnen heute schon mitteilen, daß wir den Antrag aus naheliegenden, Ihnen bekannten Gründen nicht befürworten würden.

J. A.: gez. Kauple  
Beglaubigt:  
Seifert.

Also K. wird aus naheliegenden, ihm bekannten Gründen die Gründung einer Ergänzungsamt in einem Gewerbegebiet verweigert! Wir fragen den Wohlfahrtsbezeren und Sozialdemokraten Kauple hiermit öffentlich an, was der Grund seiner persönlichen Weigerung ist?

## Lauban

### Gegen den Unterstützungsraub

In einer gut besuchten Versammlung sprach Genosse Görlitz über: „Der Unterstützungsraub.“ Der Referent verband es, den Anwesenden klarzumachen, welchen Unterstützungsabbau die jetzige Koalitionsregierung betreibt. In der Diskussion kam klar zum Ausdruck, daß die Sozialdemokratie immer offener ins andere Lager hinüberwechselt, und daß es die kommunistische Partei ist, die einzig und allein die Interessen des Proletariats wahrnimmt. Mehrere Neuaufnahmen waren zu verzeichnen.

## Liegnitz

### Die Mieten für Oktober

Die ab 1. Oktober 1929 zu zahlende Miete beträgt 132 Prozent der Friedensmiete und ist durch amtliche Bekanntmachung vom 17. 6. in Verbindung mit der amtlichen Bekanntmachung vom 17. 6. veröffentlicht worden. Eine Veränderung würde dann eintreten, wenn der kommunale Zuschlag zur Grundvermögenssteuer von 37 Prozent herabgesetzt werden würde. Darüber ist bisher nichts bekannt.



# Oberschlesien Massenaufmarsch gegen den imperialistischen Krieg

Der Rote Tag in Oppeln — Massenbekenntnis zur roten Front — Polizeiprovokationen  
Rot Front trotz alledem!

Stärker, drohender wird die Front. Das brachte wieder der am 11. und 15. September stattgefundenen Rote Tag in Oppeln zum Ausdruck. Oppeln erlebte wirklich einen Roten Tag, mit dem das revolutionäre Proletariat aufs innigste verbunden war.

Den Auftakt bildete am Sonnabend ein wuchtiger Fackelzug. Auf dem mit roten Fahnen und Transparenten ausgeschmückten Schützenplatz sammelten sich Hunderte von Arbeitern. Mit dem Eintritt der Dunkelheit setzte sich unter Vorantritt der Arbeiter-Schalmelienkapelle ein langer Zug mit Fackeln in Bewegung. Der Zug bestand aus circa 500 Arbeitern, dem durch die Straßen der Stadt laufende Spalier bildeten. Überall ein freudiges Begehnen des Zuges. Die rote Front marschierte, das weckte die Begeisterung der Arbeiterschaft. Beim Einmarsch des Fackelzuges auf dem Schützenplatz wurden die Teilnehmer durch ein lebendes illuminiertes Bild begrüßt. In rotem Magnesiumlicht stand eine Gruppe roter Frontkämpfer mit der geballten Faust und zwei Arbeiter mit Hammer und Sichel um den Sowjetstern. Auf dem Schützenplatz fand zum Abschluß des Fackelzuges noch eine Kundgebung statt, zu der die Genossen Schulz für die Bezirksleitung der SPD, Fred für den KPD und Girnbart sprachen. Anschließend fand im Saale des Schützenhauses eine Aufführung der „Roten Bergknappen“ statt. Die Polizei war zum größten Teil in Zivil verkleidet, wurde aber erkannt und konnte nicht provozieren.

Der Sonntag wurde mit einem großen Beden eingeleitet. Schon in den ersten Morgenstunden kamen die Teilnehmer zu Fuß, per Rad, mit der Bahn und den Lastautos an. Die Oberpoststraße war in ein rotes Meer verwandelt. Gegen 11 Uhr setzte sich ein gewaltiger Demonstrationzug in Bewegung. Drei Kapellen, eine große Anzahl Transparente und Fahnen belebten den Zug. Besonders wirkungsvoll war eine Agitpropiruppe. (Ein Pflaster und zwei Sozialdemokraten zogen an schwarzweissen Bändern einen Wagen mit einem Kapitalkisten.) Diese Truppe stand der Polizei des Sozialdemokraten Wahl Doffowitz in die Augen.

Zwischen der Oberbrücke wurde darum der Demonstrationzug von Doffowitz Blutgarde unter Führung eines pfälzischen Hauptmanns überfallen und der Pflaster aus der Propagandatruppe und zwei Transparente beschlagnahmt.

Den Genossen der Truppe wurde die Kette ausgezogen, er selbst aber auf den energischen Protest der Arbeiter freigelassen. Am Tuchmarkt, kurz vor der Kundgebung, versuchte ein Faschist in voller Uniform zu provozieren. Er erhielt aber eine proletarische Abfuhr. Daraufhin

verhaftete die Polizei zwei Genossen,

die aber auf den sofortigen Protest freigelassen werden mußten. Bei der Kundgebung am Tuchmarkt sprachen mit Rot Front begrüßt und unter großem Beifall für das K. der SPD-Genosse Kippberger, M.S.R., und für die Jugend Genosse Philipp aus dem Ruhrgebiet.

An den Genossen Blücher, Führer der Roten Armee im Fernen Osten, und an die kämpfenden Berliner Kohrleger wurde je eine Entschuldigungsentscheidung angenommen.

Während der Neben wurde bekannt, daß

die Polizei eine Fahne des KPD mit einer roten Faust beschlagnahmt wollte.

Die verjagte neue Schandtat der Doffowitz-Garden wurde aber durch die ungeheure Empörung der Demonstranten abgewehrt. Die Polizei wurde durch die Wucht der Demonstration und der Kundgebung auch davon abgehalten, gegen

die im Zuge zahlreich in voller Uniform marschierenden KPD-Kameraden

einzuschreiten.

Am Nachmittag fanden einige Platzkonzerte und zwei überfüllte Saalveranstaltungen statt. Die Roten Bergknappen, die revolutionäre Theatertruppe, zeigten auf der Bühne einige Ausschnitte aus dem Leben des Klassenkampfes, den SPD-Verrat usw. und ernteten reichen Beifall. — Der Rote Tag kann als ein voller Erfolg gebucht werden. Der Massenaufmarsch zeigte den Kampfeswillen des revolutionären Proletariats. Der Kampf wird gesteigert. In jedem Bezirk muß die revolutionäre Arbeiterschaft die Kampfserie erweitern und festigen zum Sturz des heutigen Regimes, für die proletarische Diktatur.

das Gericht die Genossen Winta und Lempa zu 60 bzw. 15 Mark Geldstrafe. Gegen dieses Klassenurteil legten die Genossen sofort Berufung ein.

Vom Auto erlöst

Am Sonnabend früh lag in der Nähe des Bahnüberganges an der Garten-Zentrum-Grube ein Eisenwagen I.K. 26 mit einem Radfahrer aus Beuthen zusammen, wobei der Radfahrer von dem Wagen erfasst und zu Boden geschleudert wurde. Der Radfahrer wurde schwer verletzt und in bewußtlosem Zustande in das städtische Krankenhaus eingeliefert. Die Schuldfrage ist nicht geklärt.

## Hindenburg

Öffentliche Cautium

Zur Finanzierung der Erwerbslosenbewegung in Hindenburg wurde auf der Baustelle der 2. Bauabteilung der Firma: A. A. für Bauausführung Gleiwitz durch einen Kollegen bei einer Belegschaftstärke von 19 Mann der Betrag von 8 Mark gesammelt. Kollegen, Arbeitslose und Notstandsarbeiter, macht weiter so!

Leibensfund

Am 16. September, gegen 8.10 Uhr, wurde in Hindenburg, hinter dem städtischen Krankenhaus, die Leiche eines unbekanntes, etwa 60 Jahre alten Mannes gefunden. Sie wurde in die Leichenhalle des städtischen Krankenhauses geschafft. Der Arzt stellte als Todesursache Herzlähmung fest.

## Oppeln

Mädchenmord

In Camerai bei Malapane wurde gestern früh die 19 Jahre alte Konstantine Kolott tot aufgefunden. Die von der Oppelner Nordkommission angestellte Untersuchung ergab, daß das Mädchen ermordet worden ist. Die Polizei verdächtigt der Tat einen Johann Kolott. Die Tat ist angeblich auf Eifersucht zurückzuführen.

Es hat nicht geholfen, Herr Kubis!

A. A. Sonntag morgen bei der ersten Predigt in der Kubis-Kirche geschah etwas. Mitten im schönsten predigen hörte der „Stellvertreter Gottes“ das Weiden durch die Schalmelienkapelle zum Roten Tag. Trotz Konfordat und aller Anstrengungen der Apostel Seering, Orzeszki und Doffowitz, dieses Weiden, das konnte der Himmelsprediger nicht lassen. Plötzlich unterbricht er die Predigt und läßt die Schällein ein Gebet zur Vernichtung der roten Klassenfront murmeln. — Es hat nicht geholfen. Fest und stark ist die rote Front aufmarschiert und wird siegreich vorwärtschreiten. Die S.D.S. Ruhe des Herrn Kubis und seiner Gehilfen werden der roten Front keinen Abbruch tun.

Arbeitseinstellung beim Friedhofsbau

Wie wir erfahren, ist die Arbeit des neuen Friedhofsbauwerks eingestellt. Als Grund wird zum Teil Geldmangel und zum anderen der noch nicht abgeschlossene Geländebefauf angegeben. Eine größere Anzahl Arbeiter wird dadurch wieder auf die Straße gesetzt. Zeit ist es, daß endlich einmal der Geländebefauf abgeschlossen und entsprechende Mittel für den Friedhofsbau eingesetzt werden.

## Wieder 201 mehr!

Die Arbeitsmarktlage in Oberschlesien

für die Zeit vom 9. bis 14. September 1929 gibt die Zweigstelle Oberschlesien des Landesarbeitsamtes Schlesien mit folgenden Ziffern an: Arbeitsuchende 22.262 (Vorwoche 22.061, Vorjahr 13.970), Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung 10.701 (10.897, 6396), Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge 1919 (1942, 798), offene Stellen 711 (357, 670), Vermittlungen 1575 (1446, 1670).

Die Arbeitsmarktlage gestaltete sich im allgemeinen weiter ungünstiger. Besonders in den Außenberufen hieß der Beschäftigungsrückgang an. Die Arbeitsuchendenziffer ist infolge Entlassungen von Arbeitskräften aus den Außenberufen von 22.061 auf 22.262, also um 201 gestiegen. Entgegengesetzt diesem Steigen sank die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 12.839 auf 12.620, weil die in der Berichtswoche zur Entlassung gekommenen Arbeitskräfte infolge Innehaltung der gesetzlichen Wartezeit noch nicht in die Versicherung aufgenommen werden konnten. Bei Notstandsarbeiten werden zurzeit 3709 (Vorwoche 3764) Personen beschäftigt. Die Zahl der infolge Ablaufs der Unterstützungshöchstdauer Ausgesteuerten betrug 187.

## Gleiwitz

### Ein „Wunderarzt“

Im kapitalistischen Staate dient selbst Kunst und Wissenschaft nur dem Profit. Die Ärzte, die Helfer der Menschheit (!), sind auch nichts als elende Knechte des Geldjads. Im Auftrag der Unternehmer werden Kranke Proleten gesundgeschrieben, für die „sozialen“ Einrichtungen der deutschen Republik arbeiten die Ärzte gleichfalls gegen die Arbeiterschaft. Der hiesige Arzt Dr. Frank bringt es sogar fertig, im Interesse des Geldjads,

Kranke mit einer Spritze in zehn Minuten zu heilen.

Dieser Tage war eine Frau bei ihm, die schon vier Jahre in ärztlicher Behandlung ist und einen Rentenanspruch gestellt hat. Dr. Frank, bei dem die Frau jetzt in Behandlung ist, gab ihr eine Spritze und fragte sie nach fünf Minuten, ob ihr geholfen ist. Die Frau mußte das verneinen. Darauf sagte ihr Dr. Frank, die Frau ist nur eine eingebilbete Kranke, denn er habe mit der Spritze immer Kranke in zehn Minuten geheilt.

Einen Kommentar über diesen Wunderarzt können wir uns ersparen. Wir bebauern aber, daß er nicht mit seiner Wunderspritze den Reichsfürstler Herrmann Müller kurieren hat. Der arme Keil mußte einige Wochen krankfeiern.

### Selbstmord

Am 15. September, gegen 15.15 Uhr, sprang die 59jährige Ehefrau des Kaufmanns F. aus Gleiwitz aus dem Bodenfenster in den Hof. Sie erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot. Die Leiche wurde in die Leichenhalle des Präsidiums geschafft. Die Ursache zu dieser Tat ist unbekannt.

### Hausfischer wieder an der Arbeit

Montag vormittag kam die Bes.-Polizei wieder mal in unser Parteibüro hausfischen. Eine ganze Liste von verbotener Literatur hatten die Hausfischer mit. Wie immer war die Hausfischung erfolglos. Die beiden Krims nahmen nicht mal auf die Zimmernummer des Genossen Jendorsch Rücksicht und durchsuchten auch seinen Schrank. Erst auf seinen Protest ließen die Kerle davon ab.

### Fundfächer

Gefunden: 1 Raumann-Rad, 1 Koffer mit Wollwaren, 1 braune Strickhose, 1 Spielfigur (Hund aus Wolle). Zugeflogen: 1 bunter, gelbgefleckter Vogel (anscheinend Kanarienvogel). Näheres im Fundbüro, Zimmer Nr. 35 (Polizeipräsidium Gleiwitz).

## Beuthen

Klassenurteil gegen Kommunisten

Weil sie gegen das Vorgehen der Schupo bei einer Verhaftung protestierten, standen die Genossen Glinka, Dymalla, Wandel und Lempa vorige Woche vor Gericht. Obwohl es klar auf der Hand lag, daß die Schupo durch ihr Vorgehen eine Empörung heraufbeschwor und einen Aufruhr inszenierte, verurteilte

## Achtung!

Sonntag, den 22. September 1929, um 10 Uhr findet in Hindenburg-Zaborze, Vereinshaus eine **sozialpolitische Konferenz** im Bezirksmaßstabe statt.  
Referent: Reichstagsabgeordnete Genossin Urendsee

## Achtung!

## Vereinigte Theater

Lobe-Theater

Von Sonnab., 14. Sept. bis Sonnab., 21. Septemb.

täglich 20.15 Uhr

Neuinszenierung!

„Wallenstein“

Dramat. Gedicht v. Schiller

Thalia-Theater

Von Sonnab., 14. Sept. bis Freitag, 20. September

täglich 20.15 Uhr

Sonntag außerdem 15.30 Uhr

„Perlenkomödie“

Spiel von Bruno Frank

Sonnab., 21. 9., 20.15 Uhr

Zum ersten Male!

„Ein Glas Wasser“

Lustspiel in 4 Aufzügen

von Scriba

überlegt von Stachhausen

Schauspielhaus

Operettenbühne

Tel. 36 307

Täglich 8 Uhr

4 Gastspiele

Misch

in ihrer unerled. Rolle als Friederike

und Ammersänge

Edward

Lichtenstein

als Götze in

Friederike

Franz Lehars

Welserio g

Inferate

haben in unserer

Zeitung

besten

Erfolge

Rechts- u. Steuerberatung

Renten-, Straf-, Ehesachen usw.

Rechtsauskünfte

Lohnsteuer-Erstattungsanträge für 1929

weiden sachgemäß und billig erledigt

bei

Rudolf Dux

Waldenburg

Ring 2

(Eingang am Zeitungsstand)

## Oskar Baum

Breslau, Sternstrasse Nr. 77

Ecke Hedwigstrasse

Wäsche, Schürzen u. Kleider

## Enorm billige Preise!

Außerdem noch 5% Rabatt in Rabattmarken und Rabattkarte gratis!

### Draniensburger Kernseife, beste Qualität

extra trocken und extra gewogen, mithin wirkliches volles Gewicht

1 Pfund nur 50 Pf.

1a Kernseife, 2-Pfd.-Stange (Früschgewicht) 80 Pf. statt 90 Pf.

1a Kernseife, 700-gr-Stange 55 Pf. statt 60 Pf.

Feinseifen, große Auswahl und sehr billig!

Grüne Seife . . . . . Pfd. 35 Pf., anstatt 40 Pf.

Salmiat-Seife . . . . . Pfd. 40 Pf., anstatt 50 Pf.

Salmiat-Seife beste, mit Korn . . . . . Pfd. 40 Pf., anstatt 50 Pf.

Salmiat-Salber . . . . . 3-Pfd.-Pakete nur 50 Pf.

Soda, gemahlen oder ganz . . . . . Pfd. nur 6 Pf.

Schwermetall, Ludwig . . . . . 3-Pfd.-Pakete nur 40 Pf.

Schwämmiger, Weibkopf . . . . . Bad 24 Pf., anstatt 30 Pf.

Altartergen mit Wachs . . . . . Pfd. nur 1.25

Altartergen Ia . . . . . Pfd. nur 1.25

Waldschreiber, starke Zinteinlage . . . . . nur 1.25

Schwermetall, extra gut und groß . . . . . nur 50 Pf.

Ich bitte die werten Hausfrauen, in meinem Geschäft einen Probekauf zu machen, damit Sie die sehr niedrigen Preise für nur beste Waren vergleichen können.

Die vielen anderen Artikel werden ebenfalls billig berechnet.

## Josef Osmantzik

Gleiwitz, Raudenerstraße 4

zweites Haus neben der Kreutzkirche

Große Seifen-Niederlage und Drogen



